Auszüge aus der Rede Tjiao Guan-Huas vor der Uno

Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 45 vom 9. November 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Stabilität durch Lohnverzicht?- Eine Kapitalistenlüge!

Der 9%-Abschluß bei Stahl hat nicht nur unter den Stahlarbeitern, sondern auch in den Betrieben anderer Branchen grosse Empörung unter den Kollegen hervorgerufen. Der Schandabschluß bei Stahl soll nach dem Willen von Kapitalisten, Regierung und DGB-Apparat dem Lohnraub gegen die gesamte Arbeiterklasse den Weg bereiten. Nicht nur, daß die „Signalwirkung" des Stahlabschlusses groß herausgestrichen wurde, wurde auch noch gleich betont, daß die Konjunkturlage in den anderen Industriezweigen – vor allem bei Metall (Autoindustrie) – viel schlechter sei als in der Stahlindustrie. Mit anderen Worten: Die Metaller und die Kollegen anderer Branchen, für die in den kommenden Wochen und Monaten Tarifbewegungen anstehen, sollen mit nackten 9% – ohne Bonus wie bei Stahl – abgespeist werden. Und die Arbeiter sollen stillhalten, weil Kapitalisten, Bonner Minister und DGB-Bonzen ihnen im Chor zurufen: „Durch Lohnverzicht zur Stabilität!"

Lohnverzicht, Maßhalten, stabilitätskonforme Abschlüsse usw. usf. – das ganze Gerede ist sattsam bekannt. Seit Jahren wird diese Leier vor und während der Tarifrunden gespielt. Erst sollte maßgehalten werden, damit keine Krise kommt. Aber 1966/67 ging es mit der ersten großen Krise los. Die inflationäre Entwicklung setzte ein und es hieß, jetzt müßten „maßvolle Abschlüsse" gemacht werden, um die Inflation zu bremsen. Aber die Inflation wurde nicht gebremst. Da riefen Kapital, Regierung und DGB-Apparat zu „stabilitätskonformem Verhalten" auf, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Jetzt haben wir eine horrende Teuerung und für den Winter sind über eine Million Arbeitslose angekündigt. Jetzt heißt es: „Lohnverzicht, um die Stabilität wiederzugewinnen."

Seit Jahren die gleichen Phrasen, seit Jahren an die Arbeiterklasse nur der Befehl, den Gürtel enger zu schnallen. Der Kapitalismus versinkt immer tiefer im Krisensumpf und der DGB-Apparat fordert die Arbeiterklasse auf, Opfer zu bringen, damit die Kapitalisten sich auch in der Krise gesundstoßen können. Die DGB-Bonzen versuchen, ihre Politik der „Klassenzusammenarbeit" zu rechtfertigen, indem sie behaupten, es gäbe gemeinsame Interessen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, z. B. die „Rentabilität der Betriebe". **Tatsache ist aber: für die Kapitalisten ist der Betrieb um so rentabler, je mehr sie die Arbeiter ausbeuten.** Die Arbeiter produzieren allen Reichtum in der Gesellschaft, aber die Kapitalisten eignen ihn sich privat an. Möglichst rentabel, das heißt für die Kapitalisten, daß sich das von ihnen in die Produktion vorgeschossene Kapital im Laufe des Produktionsprozesses möglichst hochprozentig vermehren soll und das kann es nur, wenn die Kapitalisten die Ausbeutungsschraube so weit wie möglich anziehen.

Höhere Löhne, geringere Bandgeschwindigkeiten, weniger Arbeitshetze, niedrigere Akkorde – das beeinträchtigt die kapitalistische Rentabilität. Die Arbeiterklasse und die Kapitalistenklasse haben keine gemeinsamen Interessen. Im Gegenteil: **ihre Interessen sind genau entgegengesetzt und stehen sich unversöhnlich gegenüber.** Das wird gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Krisenerscheinungen deutlich.

Autos liegen auf der Halde, produzierte Waren können nicht mehr abgesetzt werden. Die Kapitalisten können nicht mehr einfach die Produktion erweitern, um ihre Profite zu erhöhen.



Kundgebung der KPD/ML gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung, am 1. Mai 1974

Die Antwort der Kapitalisten darauf heißt verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse: gesteigerte Arbeitshetze und Lohnraub. Bei geringerem Lohn soll mehr produziert werden. Das scheint ein Widerspruch zu sein. Einerseits lie-

Fortsetzung auf Seite 3

129 Tage Ordnungsstrafe, Zwangsanwälte ,Gerichtspsychiater

"Das war wie früher, bloss raffinierter!"

Als die angeklagten Genossen im Kölner Prozeß gegen 7 Antifaschisten und Kommunisten am Montag morgen den Gerichtssaal betraten, saß der jüngste Angeklagte, der erst 15jährige Walter, bereits auf der Anklagebank. Er hatte Tränen der Wut und der Empörung in den Augen. Während das Gericht ihn zusammen mit den anderen Genossen drei Tage ins Gefängnis gesperrt hatte, weil sie eine Gedenkminute für 11 vor 30 Jahren ermordete Antifaschisten abhielten, wurde zu Hause sein Zimmer aufgebrochen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit beschuldigte man ihn jetzt, er habe ein Silberbesteck gestohlen, das zusammen mit einem Dietrich und einem Glasschneider in seinem Zimmer gewesen sei. Walter hatte bisher im Prozeß wenig gesagt. Jetzt aber erklärte er, er werde diese ungeheuerliche Lüge an die Öffentlichkeit bringen und das auch seinen Schulkameraden erzählen.

Zu solch üblen Mitteln griff das Gericht, nachdem es ihm auch mit einem Riesenaufgebot von über 60 Zeugen aus der NPD und der Polizei nicht gelungen war, die Angeklagten zu gewalttätigen Kriminellen zu stempeln. Dieser Versuch, mit Lügen und hinterhältigen Manövern gegen die Tatsachen und die revolutionäre Gesinnung der angeklagten Genossen anzukämpfen, blieb nicht der einzige. So erklärte der Richter zum Beispiel, er werde jetzt ein Flugblatt der KPD/ML vorlesen und las dann unter anderem: Tod den Faschisten! Die Genossen ließen sich aber nicht aufs Kreuz legen, entlarvten diese Fälschung der wirklichen Parole der Partei: Tod dem Faschismus! und nutzten die Gelegenheit, um zu erklären, daß der antifaschistische Kampf nicht zur Hauptsache gegen offen faschistische Organisationen geführt werden muß, sondern gegen den kapitalistischen Staatsapparat, der immer offensichtlicher darauf vorbereitet wird, eines Tages den revolutionären Ansturm der Massen mit einer faschisti-

Fortsetzung auf Seite 6

Milliardenaufträge für

Stärkere Abhängigkeit vom Sozialimperialismus

Die Augen von Leonid Breschnew seien voll Tränen gewesen, berichtete Kanzler Schmidt über den Abschied von seinem Moskauer Freund. Er brachte damit zum Ausdruck, daß nach seinem Besuch die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau weiter gefestigt worden sind, daß die Kremlführer ihre konterrevolutionäre Zusammenarbeit mit den Bonner Revanchisten noch mehr vertieft haben.

Daß zu der Delegation aus Bonn auch der Vorsitzende der Kruppgesellschaft, Ernst Wolf Mommsen, ein Spitzenführer des westdeutschen Finanzkapitals gehörte, war kein Zufall: Es ging um Abkommen mit Milliardenbeträgen. Ein Abkommen sieht vor, daß auf Kredit eines westdeutschen Bankenkonsortiums eine Erdgas-Pipeline mit Röhren von Mannesmann gebaut werden soll. Die Sozialimperialisten werden dafür 20 Jahre lang Erdgas nach Westdeutschland liefern. Im Jahre 1980 sollen es allein 10 Milliarden Kubikmeter sein. Ein weiteres Abkommen sieht den Bau eines Atomreaktors vor – die Bezahlung erfolgt durch Stromlieferungen.

Auf der Grundlage ähnlicher Abkommen haben die westdeutschen Monopole bereits Aufträge aus Moskau im Wert von über 100 Milliarden erhalten, wobei sie bei mehreren Projekten vereinbart haben, daß in Form von Rohstoffen und Energie bezahlt wird. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben heute, nachdem sie die sozialistische Sowjetwirtschaft in ein kapitalistisches Wirtschaftssystem verwandelt haben, die Entwicklung der Wirtschaft soweit dem Militarismus und dem Wettrüsten mit dem US-Imperialismus unterworfen, daß sie die Industrialisierung weitgehend durch Verschacherung ihrer Bodenschätze von ausländischem Kapital besorgen lassen.

Diese Wirtschaftsabkommen haben aber auch politische Bedeutung: sie sollen die westdeutschen Imperialisten enger an die sowjetische Supermacht binden und dem Einfluß der neuen Zaren gefügiger machen. Durch die Abkommen, denen zufolge die Sozialimperialisten mit Strom, Gas, Öl und Uran bezahlen, wird die Abhängigkeit Westdeutschlands auf dem Energiesektor von Moskau größer. Die neuen Zaren werden sich nicht scheuen, die Elektrizitätsleitungen als Schlinge zu benutzen, die sie mal enger ziehen, mal lockerer lassen – je nachdem ob die westdeutschen Imperialisten parieren oder nicht. So hatten sie zum Beispiel im letzten Frühjahr trotz aller Verträge die Öllieferungen heruntergeschraubt.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Sozialimperialisten liefern 60 000 Mann gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker .... S. 2

Sozialimperialisten plündern die DDR aus .... S. 2

Kommunistischer Kollege gekündigt: Die Kollegen standen sofort hinter ihm .... S. 3

Hoesch: Betriebsversammlung .... S. 3

Lehrlingsstreik gegen politische Unterdrückung ...... S. 3

Parlamentarische Illusionen müssen bekämpft werden .... S. 4

Ehemalige GRF-Sympathisanten: „Für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!" .... S. 4

Hungerstreik Zahlreiche Solidaritätsaktionen .... S. 6

Gesteuert vom Bundeskriminalamt: Gezielte Hetze gegen die KPD/ML .... S. 6

Prozeß gegen Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert .... S. 6

Kambodscha: „Der Verräterbande muß ein Ende gesetzt werden." .... S. 7

Spanien: Streikbewegung erfaßt das ganze Land .... S. 7

Tausende durch Atomreaktoren gefährdet .... S. 8

Sozialimperialisten liefern 60 000 Mann gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker

Seit längerem haben sich die sowjetischen Sozialimperialisten bemüht, in stärkerem Maße amerikanische Kapitalien und Technologie in die Sowjetunion zu holen. Sie forderten von den US-Imperialisten vorrangig mit Exportkrediten und günstigen Abkommen bedacht zu werden, den Status einer „meistbegünstigten Nation" zu erhalten. Die US-Imperialisten – grundsätzlich nicht abgeneigt – stellten jedoch ihre Bedingungen: Die Zahl der sowjetischen Juden, die nach Israel auswandern, soll um 60 000 erhöht werden.

Der Handel ist inzwischen so gut wie perfekt.

Zu Anfang zierten sich die sowjetischen Sozialimperialisten noch und entrüsteten sich laut über „Einmischung in innere Angelegenheiten." Sei es, um bei diesem Handel so hoch wie möglich auszureizen oder auch um zumindest noch etwas das Gesicht vor der Weltöffentlichkeit zu wahren. Wie weit aber die Moskauer Kremlführer in ihren Konzessionen gehen, wenn es darum geht, mit den USA ins Geschäft zu kommen, zeigte sich bald darauf: Die sowjetischen Behörden sicherten zu, alle Anforderungen der Vereinigten Staaten in der Frage der Auswanderung von Juden „mit Wohlwollen" zu behandeln. Damit schlugen sie in die dargebotene Hand der US-Imperialisten ein – der Handel ist beschlossen.

Dies gemeinsame Manöver beider Supermächte, die israelischen Zionisten mit 60 000 Menschen – zumeist ausgebildete Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Militär – zu stärken, richtet sich direkt und offen gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker. Und es entlarvt alle großen „Sympathie"-Reden und „Antiimperialismus"-Erklärungen der sowjetischen Sozialimperialisten als Heuchelei.

Die sowjetischen Sozialimperialisten suchen nicht anders als die USA im Nahen Osten einzudringen mit der Methode von Zuckerbrot und Peitsche. Der einzige Unterschied ist, daß sie noch die Frechheit besitzen, dieses hegemonistische Vorgehen als „Internationalismus" zu bezeichnen.

Jede der beiden Supermächte ist bestrebt, ihre eigene Position und ihren Einfluß in diesem strategisch wichtigen und rohstoffreichen Gebiet zu stärken und zu festigen, um es sich letztlich ganz unter den Nagel zu reißen. Wie auf der ganzen Welt rivalisieren sie dabei auch im Nahen Osten heftig miteinander. Doch daß sie auch gemeinsame Maßnahmen treffen wie die Versorgung der israelischen Zionisten mit Kanonenfutter und Spezialisten, widerspricht dem nicht. **Die Zusammenarbeit gegen den Befreiungskampf der Völker entspricht vielmehr der räuberischen Natur der Imperialisten, die zwar miteinander streiten und rivalisieren um ihre Machtpositionen, aber sofort eine gemeinsame Sprache finden, wenn es darum geht, die Völker zu unterdrücken, die sich erheben und gegen die Vorherrschaft des Imperialismus und für ihre nationalen Rechte kämpfen.** Die Menschentransporte nach Israel sind darauf bedacht, für die Zionisten die Bedingungen zu schaffen, damit es die Besetzung der arabischen Gebiete verewigen kann. Das entspricht dem gemeinsamen Interesse beider Supermächte, die die Spannungen aufrechterhalten wollen, um als lachende Dritte sich die Hände zu reiben und Vorteile für sich herauszuschlagen.

Sie beide sind Erzfeinde der arabischen Völker, die lieber heute als morgen diese Völker unter ihr Diktat zwingen möchten. Im Nahen Osten, das hat dies jüngste Abkommen zwischen beiden Supermächten erneut bewiesen, wird nur Frieden geschaffen werden können im Kampf gegen die beiden Supermächte, im Kampf der arabischen Völker für die Befreiung ihrer besetzten Gebiete und für die Wiederherstellung der nationalen Rechte des palästinensichen Volkes. Die Erfahrungen zeigen immer wieder, daß die Völker der Welt nach jedem Abkommen der beiden Supermächte noch wachsamer sein und ihren Kampf weiter verstärken müssen.

Milliardenaufträge für: Stärkere Abhängigkeit vom Sozialimperialismus

Fortsetzung von Seite 1

Während die arabischen Länder ihre Rohstoffe als Waffe im Kampf gegen die Ausplünderung und gegen das Hegemoniestreben der imperialistischen Mächte zu Recht einsetzen, liegt die Sache bei den sowjetischen Sozialimperialisten anders: die sowjetische Supermacht kämpft um Hegemonie, um ihre Vorherrschaft in Europa und auf der ganzen Welt. Da scheuen sie weder Lügen und Drohungen noch Erpressung und Aggression. **Mit dieser aggressiven Supermacht sich einzulassen, langfristige Verträge zu schliessen und in enge Beziehungen zu treten, heißt die Gefahr der Erpressung und der Aggression zu erhöhen, heißt dieser raubgierigen Macht den Weg ebnen zu helfen.**

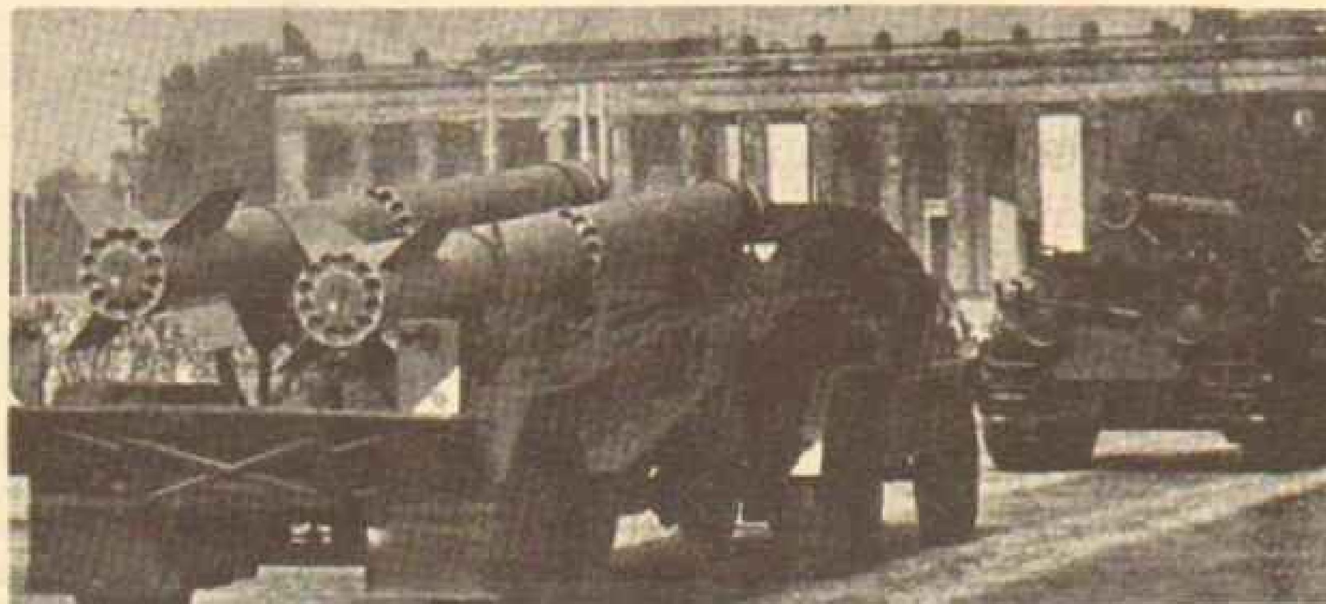
Die westdeutschen Imperialisten und ihre Regierung sind dazu offensichtlich bereit. Sie wittern nicht nur profitträchtige Kapitalanlagen, sondern hoffen auch um ihre revanchistischen Ansprüche schachern zu können. Haben sie mit dem bisherigen Kuhhandel erreicht, daß die sowjetischen Sozialimperialisten eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR auszuklammern bereit sind und ihnen – gegen das Potsdamer Abkommen – Westberlin grundsätzlich zugesprochen haben, so sind sie jetzt darauf aus, daß Westberlin auch praktisch mehr und mehr mit Westdeutschland verbunden wird. Ein Punkt dabei ist das Bundesumweltschutzamt in Westberlin, das die politische Zugehörigkeit zum Ausdruck bringen soll. Ein anderer Punkt ist, daß das Wirtschaftsgefüge gefestigt wird: So soll die Elektrizitätsleitung, die von dem Atomkraftwerk bei Kaliningrad Strom nach Westdeutschland schaffen wird, über Westberlin gelegt werden, damit auch Westberlin an das Stromnetz angeschlossen wird.

Mögen Moskau und Bonn lauthals über „Versöhnung", „friedliche Zusammenarbeit" und die „Sicherheit in Europa" schreien, die Tatsachen lassen sich nicht verdrehen: Hinter den gepolsterten Türen im Kreml verhandelte eine sozialimperialistische Supermacht, die sich die revanchistischen Interessen der westdeutschen Imperialisten zunutze macht, mit dem Ziel, die Vorherrschaft in Europa zu erringen, ganz Europa unter ihren Militärstiefel zu zwingen.

Sozialimperialisten plündern die DDR aus

„Langfristige und ausbaufähige Beziehungen mit einem potenten und krisenfreien Partner bringen nicht nur beiden Seiten Nutzen. Sie sind von unschätzbarem Vorteil und Wert gerade für unser Land, für die arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik." **So kommentierte die D„K"P-Zeitung „UZ" vom 21. Oktober den Abschluß verschiedener Handelsverträge mit der UdSSR. Welche Art Wirtschaftsbeziehungen die neuen Zaren im Kreml aber in Wirklichkeit anstreben, das sieht man daran, wie die sowjetischen Sozialimperialisten die revisionistischen Länder, die sie militärisch besetzt halten, in denen ihre Vasallencliquen an der Macht sind und in denen sie darum im Gegensatz zur Bundesrepublik schalten und walten können, wie sie wollen, ausplündern.**

Um diese Ausplünderung ihrer „Partner" im sogenannten „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) zu vertuschen, klopfen sich die Kremlführer ständig selbst auf die Schulter und brüsten sich damit, welch große Opfer sie im Geiste des proletarischen Internationalismus und der brüderlichen Zusammenarbeit brächten, um die Beziehungen der RGW-Länder uneigennützig zum gegenseitigen Vorteil aller zu entwickeln. So stellen die Moskauer Herren auch ihre Beziehungen zur DDR dar. Die Wirklichkeit, alle Tatsachen beweisen aber das Gegenteil: die Sozialimperialisten halten die DDR in kolonialistischer Abhängigkeit und plündern sie rücksichtslos aus. **Der Kern der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und der DDR ist die Unterordnung der DDR-Wirtschaft unter die Interessen der Sowjetunion. Die Grundlage dieser Beziehungen ist das Diktat der Supermacht UdSSR über die besetzte DDR.**



Sowjetische Waffen bedrohen vom Boden der DDR aus Europa.

Die sowjetischen Führer reden von großen Summen, die sie anderen Ländern – auch der DDR – als Kredite gegeben hätten, um den Bau industrieller und landwirtschaftlicher Produktionsstätten zu finanzieren. Sie rechnen sich die Lieferung beträchtlicher Rohstoffmengen als selbstloses Opfer an. Aber für die Kredite, die sie in Warenform gewähren, legen sie Preise zugrunde, die über den Weltmarktpreisen liegen. Darüber hinaus verlangen sie noch Zinssätze bis zu 7 %.

Das ist aber noch nicht die ganze Wahrheit. **Ziel dieser Kreditpolitik der Kreml-Revisionisten ist es nämlich vor allem, die DDR-Wirtschaft in ein Anhängsel der sowjetischen Wirtschaft zu verwandeln.** Sie geben vor allem für den Bau solcher Anlagen Kredite, an deren Erzeugnisse sie selbst interessiert sind. So gewährten sie der DDR einen Kredit zur Errichtung und zum Ausbau von Schiffswerften. Die wichtigsten Roh- und Hilfsstoffe für den Schiffsbau liefert die Sowjetunion zu überhöhten Preisen. Und die erbauten Schiffe gehen wiederum hauptsächlich an den sowjetischen Schirmherr – selbstverständlich zu einem Preis, der unter dem Weltmarktniveau liegt. In 3 1/2 Jahren erhielt die Sowjetunion aus der DDR über 230 Schiffe der verschiedensten Bruttoregistertonnen-Klassen. Gleichzeitig sind die sowjetischen Werften mit dem Bau von Kriegsschiffen beschäftigt, die die sowjetischen Sozialimperialisten zur Verfolgung ihrer militärischen Expansionsziele benötigen.

Um die DDR auch ökonomisch vollständig unter Kontrolle zu halten, reden die neuen Zaren ständig von „Integration", „Kooperation" und „Koordinierung der Pläne", in Wirklichkeit aber sorgen sie dafür, daß die DDR-Wirtschaft ohne die von der Sowjetunion gelieferten Rohstoffe, Ersatzteile, Ausrüstungen und ohne sowjetische Energie lebensunfähig bleibt. So müßte gegenwärtig die Mehrzahl der DDR-Betriebe – besonders die Chemiewerke – ohne die sowjetischen Erdöllieferungen die Produktion einstellen.

Der Preis des von der Sowjetunion von 1960 bis 1967 in die DDR exportierten verarbeiteten Erdöls war doppelt so hoch, wie der des in die Bundesrepublik, in die Schweiz, nach Italien, Frankreich, Japan u. a. exportierten Erdöls. Die Preise, die die Sowjetunion ihrerseits für Waren aus der DDR bezahlt, liegen dagegen stets unter dem Weltmarktniveau. Wie Schiffe bezieht die Sowjetunion auch andere Waren aus der DDR zu Preisen, die 18-34 % unter den Preisen liegen, die sie für die gleichen Waren aus der Bundesrepublik bezahlt. Für Lederverarbeitungs- und Textilmaschinen zahlt sie 20-30 % weniger als auf dem Weltmarkt üblich.

Von ihren „großzügigen Krediten" reden die neuen Zaren ständig, weniger häufig ist dagegen von den sogenannten „Krediten" die Rede, die sie selbst der DDR abpressen. Allein für einige Anlagen in der Erdölindustrie, für Phosphorgruben, für ein Zellstoffkombinat und einige andere Objekte mußte die DDR in Form von Warenlieferungen – von schweren Maschinen bis hin zu Nahrungsmitteln – Milliarden zahlen.

Das sind nur einige Tatsachen, die den ausbeuterischen Charakter der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR enthüllen. Sie widerlegen die heuchlerischen Behauptungen der neuen Zaren, daß diese Beziehungen auf der Grundlage der „Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils" begründet seien. Sie beweisen, daß die Sowjetunion von heute eine imperialistische Supermacht ist, deren Machthaber nicht nur die Werktätigen und die Völker der Sowjetunion ausbeuten und unterdrücken, sondern auch gegen andere Völker eine expansionistische und neokolonialistische Politik betreiben, sie knechten und ausplündern wie die DDR.

Diese Tatsachen belegen auch die Analyse der Politik der neuen Zaren, die das Zentralkomitee unserer Partei in seiner Erklärung zur nationalen Frage gegeben hat: **„So gebrauchen sie den „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" als Mittel ihrer sozialimperialistischen Politik, mit dem sie die ihm angehörenden Länder über die Theorie der sogenannten Arbeitsteilung in Rohstofflieferanten, Absatzmärkte für die eigenen Waren und abhängige Verarbeitungsbetriebe verwandelt haben, um sie aussaugen zu können. Der ‚Warschauer Pakt', einst als Verteidigungsbündnis gegen die aggressive Nato gegründet, ist heute zu einem Werkzeug der Sowjetrevisionisten zur Unterdrückung seiner Mitgliedstaaten geworden, in denen der sowjetische Militärstiefel regiert. Sein aggressiver Charakter richtet sich gegen die anderen Völker. Während die Sowjetrevisionisten rücksichtslos mit der Souveränität ihrer Satelliten, wie der DDR beim Bonn-Moskauer-Pakt und dem Berliner Vier-Mächte-Abkommen umspringen und sich willkürlich in deren innere Angelegenheiten einmischen, besitzen sie noch die Frechheit, vom ‚proletarischen Internationalismus' zu sprechen. Ihr ‚Internationalismus' ist nichts anderes als imperialistisches Weltbürgertum, Kosmopolitismus und Großmachtchauvinismus, dessen Ziel die Bezwingung und Versklavung anderer Nationen und die Errichtung der Hegemonie in der Welt ist."**

Kurz berichtet

AUCH IN OSTBERLIN WIRD RADIO TIRANA GEHÖRT

Korrespondenz. Als ich im Wedding in Westberlin den ROTEN MORGEN verkaufte, sprach mich ein älterer Arbeiter aus der DDR an, der ein paar Tage hier zu Besuch war und bereits den ROTEN MORGEN gekauft und gelesen hatte. Er sagte: *„Wenn ich bei der Rückfahrt nach Ostberlin Pornohefte mitnehme, die werden sie mir bestenfalls wegnehmen. Wenn sie aber bei der Kontrolle den ROTEN MORGEN finden, dann werden sie mich gleich einbuchten."*

Der Kollege erzählte dann, er sei seit 45 in der Arbeiterbewegung und heute noch Mitglied der SED, obwohl er in bestimmten Sachen offen oppositionell sei. Wir diskutierten dann zunächst über die Bedeutung von Stalin, worüber wir keine Einheit erzielen konnten. *„Aber eure Linie zu den Bonzen hier"*, meinte der Kollege dann, *„die ist völlig richtig. Was dazu im ROTEN MORGEN steht, ist die Wahrheit."* Er selber hat in Ostberlin auch schon öfter Radio Tirana gehört. Zum Abschluß wünschte er uns Erfolg bei der politischen Arbeit.

FRANKFURT:

Genosse Rainer Roth ist Dozent an der Fachhochschule Frankfurt, Fachbereich Sozialarbeit. Auf einer Vollversammlung der Fachhochschule griff er in seinem Beitrag unter anderem die D„K"P an, die unter den Studenten die Illusion schürt, die aufopferungsvolle Arbeit einzelner Sozialarbeiter und nicht etwa der revolutionäre Klassenkampf würde die Lage der Werktätigen ändern. Schon einige Tage später denunzierte ihn die D„K"P in ihrer Hochschulzeitung und forderte offen seine Entlassung wegen angeblich „mangelnder Qualifikation". Nachdem der Direktor ihn daraufhin vorgeladen hatte, schrieb er am 30.9. in einem Brief an den Kultusminister vom „Extremisten" Rainer Roth. Die Studenten wurden sofort über die drohende Entlassung ihres Dozenten informiert. Auf Initiative der ROTEN GARDE, Sektion KSB/ML, wurde ein Komitee gegen Berufsverbote gegründet. Sofort erklärten sich rund 40 Studenten zur Mitarbeit bereit. Das Komitee wird von der ROTEN HILFE unterstützt.

KORREKTUR

Im ROTEN MORGEN Nr. 40/74 wurde eine Karte von China abgedruckt, die einem bürgerlichen Atlas entnommen vor. Auf dieser Karte wird chinesisches Territorium östlich von Bhutan den indischen Reaktionären zugeschlagen. Die Redaktion des ROTEN MORGEN übt wegen dieser mangelnden Wachsamkeit gegenüber der bürgerlichen Geographie Selbstkritik und wird sich bemühen, solche Fehler in Zukunft zu vermeiden. Wir empfehlen aus diesem Anlaß allen unseren Lesern die Broschüre „Geographie Chinas", Peking 1972, als Nachschlage- und Studienmaterial über die Geographie Chinas.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert.) Tel. 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36, Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Hoesch Belegschaftsversammlung:

"So schnell sind wir noch nie verraten worden"

In der Woche nach dem Schandabschluß in der Stahlindustrie fanden sowohl auf der Westfalenhütte als auch bei Phönix in Dortmund (beides Hoesch) Betriebsversammlungen statt. Eine Betriebsrätevollversammlung und zwei Vertrauensleutevollversammlungen vorher sollten dazu dienen, den IGM-Apparat zu rüsten und ihn mit Argumenten auszustatten, um die Kollegen mit einer Flut von klassenversöhnlerischen Reden von ihrer Empörung gegen Kapitalisten und Gewerkschaftsapparat abzulenken und auf den Weg der Zusammenarbeit der Klassen zu orientieren.

So traten auf den beiden Versammlungen bei der Westfalenhütte rund 60 Redner auf, von denen ca. 55 Gewerkschaftsbonzen, Betriebsräte und mehr oder weniger revisionistische Vertrauensleute waren. Ihre gemeinsame Masche war, zunächst den Tarifabschluß demagogisch zu kritisieren, um dann um so länger darauf herumzureiten, daß jetzt alles darauf ankomme, über den Betriebsrat gute innerbetriebliche Vereinbarungen zu erzielen. Hierbei taten sich besonders die modernen Revisionisten der D„K"P hervor, wie zum Beispiel das D„K"P-Vorstandsmitglied Meyerlink bei Phönix. „Todesmutig" schrien sie, die am Montag nach dem Tarifverrat alles getan hatten, um einen Streik der Kollegen zu verhindern, jetzt die Vertreter der Hoesch-Kapitalisten an, sie sollten doch einmal nach vorne kommen und Stellung nehmen zu der geplanten innerbetrieblichen Vereinbarung.

Sie waren es auch, die eine Resolution voll unterstützten, in der Bundeskanzler Schmidt aufgefordert wurde, jetzt, nachdem die Arbeiter ihren Beitrag zur Stabilität gebracht hätten, scharf aufzupassen, daß auch die Unternehmer das Ihre täten. Gleichzeitig wurde Schmidt für die nächste Betriebsversammlung im März eingeladen. Diese Provokation, den Bundeskanzler einzuladen, der oft genug bewiesen hat, auf welcher Seite er steht, wurde von einem Kollegen zurückgewiesen. Als ob Arbeiter und Kapitalisten in einem Boot sitzen würden, das von ihrem gemeinsamen Kanzler auf dem Kurs des Wohlstands für alle gesteuert wird!



ROTER MORGEN-Verkauf vor der Belegschaftsversammlung

Aber auch die anderen Manöver der IGM-Bonzen und der modernen Revisionisten blieben nicht unbeantwortet. Auf der Westfalenhütte entlarvte ein Kollege die Politik der Betriebsräte und der VK-Leitung, die Kollegen immer wieder an den Gewerkschaftsapparat zu ketten und bewies anhand eines Zitats aus dem „Heißen Eisen", der Betriebszeitung der D„K"P, daß die D„K"P die gleiche Politik verfolgt. Dem Kollegen wurde daraufhin das Mikrophon abgedreht und gleich drei Redner, darunter Betriebsratsvorsitzender Pfeiffer, hetzten gegen ihn, weil er die „Organisation der Arbeiter" angreife. Auch bei Phönix wurde versucht, gegen einen klassenkämpferischen Kollegen als „Spalter" und „Gewerkschaftsfeind" zu hetzen. Als der Kollege aber daraufhin noch einmal das Wort ergriff und am Beispiel des ADGB, der die Arbeiter dem faschistischen Terror ausgeliefert hatte und am Beispiel der heutigen Lohnraubabschlüsse und der Gewerkschaftsausschlüsse von klassenkämpferischen und kommunistischen Kollegen bewies, daß es der Gewerkschaftsapparat ist, der die Kollegen spaltet und unterdrückt, wagten Gewerkschaftsbonzen und Revisionisten nicht, ihn durch Pfeifkonzerte zu stören. Denn auch sie spürten die Aufmerksamkeit der versammelten Kollegen für seinen Beitrag.

Insgesamt berichten Genossen, daß sich die Empörung über den Abschluß weniger als sonst auf der Betriebsversammlung äußerte. Daß dies aber kein Zeichen für den eingekehrten Klassenfrieden bei Hoesch ist, zeigte zum Beispiel die Bemerkung eines Kollegen auf die Lobeshymnen des IGM-Bevollmächtigten Dietrich darüber, wie schnell diesmal den Hoesch-Arbeitern zu mehr Geld verholfen worden sei. „So schnell", sagte der Kollege, „sind wir noch nie verraten worden."

Kommunistischer Arbeiter gekündigt

Kollegen solidarisieren sich

Am Tage nach dem 9 %-Lohnraubabschluß wurde bei den Stahlwerken Bochum dem Kollegen Ernst wegen „Störung des Betriebsfriedens" gekündigt. Anlaß für diese Kündigung war, daß Ernst, der bei seinen Kollegen als Kommunist bekannt ist, den Vertrauensmann zur Rede gestellt hatte, weil dieser bis jetzt, drei Wochen nach der letzten V-Leuteversammlung der Hütte, immer noch nicht gesagt hatte, was dort besprochen und beschlossen worden war.

Auch vorher hatte er mit den Kollegen nicht darüber gesprochen, was ihre Forderung für die Tarifrunde war.

Daraufhin der V-Mann: „Das geht euch nichts an. Ihr könnt ja in der Zeitung lesen, wieviel die Tarifkommission fordert." Überhaupt lasse er sich nicht anpöbeln.

Alle Kollegen, die dabei gestanden hatten, waren empört. Kollege Ernst wies den „V"-Mann scharf, aber sachlich zurecht.

Wie sich später herausstellte, beschwerte sich der V-Mann sogleich beim Betriebsrat: der Ernst wolle ihn vor allen fertigmachen. Der Betriebsrat griff das sofort auf und ging ebenfalls eine Tür weiter. Ernst bekam seine Kündigung.

Die Kollegen stellten sich sofort auf seine Seite. Innerhalb kürzester Zeit unterschrieben sämtliche Kollegen seiner Schicht (ca. 30) eine Resolution, in der sie nicht nur die sofortige Zurücknahme seiner Kündigung fordern, sondern weiter feststellen: „Außerdem betrachten wir Herrn Heinz Gunia ab sofort nicht mehr als unseren Vertrauensmann."

Diese Resolution flößte Betriebsrat und Betriebsleitung einen ziemlichen Respekt ein. Der Betriebsrat weigerte sich, bei den Kollegen zu erscheinen. Feige versuchten sie stattdessen, einzelne Kollegen zu bearbeiten und außerdem unter den Kollegen die Stimmung zu verbreiten, die Kündigung sei ja nicht so schlimm, vor dem Arbeitsgericht werde Ernst spätestens Recht bekommen.

Dieses Vorgehen gegen den Kollegen Ernst ist natürlich nicht nur die Antwort auf die Auseinandersetzung mit dem Vertrauensmann. Es ist vielmehr der Versuch, einen kommunistischen Kollegen loszuwerden, der zunehmend Vertrauen unter den Arbeitern gewinnt. So bekam er auf den letzten Betriebsversammlungen, wo er sich für die Interessen seiner Kollegen einsetzte und auch den Gewerkschaftsapparat und den Betriebsrat scharf angriff, die zum Beispiel der Entlassung von 200 Kollegen zugestimmt hatten, mehr Beifall als der Betriebsratsvorsitzende. Als der Betriebsrat ihn auf einer Versammlung am Reden hindern wollte, da rief einer der Kollegen unter lautem Beifall: **„Laßt den Kollegen weitersprechen, er sagt das laut, was wir denken."** In den letzten Monaten war denn auch offensichtlich geworden, daß die Kollegen in seiner Schicht ihn anstelle des verhaßten alten Vertrauensmannes als ihren Sprecher haben wollten.

Stabilität durch Lohnverzicht?

Eine Kapitalistenlüge!

Fortsetzung von Seite 1

gen die Waren auf Halde, andererseits versuchen die Kapitalisten die Arbeiter durch verschärfte Antreiberei zu zwingen, in der gleichen Zeit noch mehr zu produzieren. Für die Kapitalisten ist das aber kein Widerspruch. Für sie ist nicht die absolute Profitmasse entscheidend, sondern für sie ist das entscheidende Kriterium der Rentabilität, wie wir bereits festgestellt haben, der Prozentsatz, um den sich das Kapital, das sie in die Produktion gesteckt haben, im Laufe des Produktionsprozesses vermehrt. Die Höhe dieser sogenannten Profitrate hängt aber davon ab, wieviel mehr Wert die Arbeiter verglichen mit dem Wert, der ihrem Lohn entspricht, produzieren, also vom Ausbeutungsgrad. Darum schränken die Kapitalisten bei mangelnder zahlungsfähiger Nachfrage zwar die Produktion ein, steigern aber gleichzeitig die Arbeitshetze. **Lieber führen die Kapitalisten Kurzarbeit ein oder werfen Tausende Kollegen auf die Straße, als daß sie die Bänder auch nur um ein Bruchteil langsamer laufen lassen oder auch nur eine Tonne pro Schicht weniger fahren lassen.** VW will wieder 6 000 Kollegen zur „freiwilligen" Kündigung zwingen, Opel/Bochum 1 500.

Und auch die wachsende Arbeitslosigkeit nutzen die Kapitalisten noch aus. Sie wissen, daß die Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, daß sie keine andere Existenzmöglichkeit für sich und ihre Familien haben. Darum spekulieren sie damit, daß die Angst der Kollegen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sie davon abhält, gegen gesteigerte Arbeitshetze und Lohnraub zu kämpfen. Gerade jetzt drohen sie ständig mit Massenentlassungen, um die Arbeiterklasse zum Stillhalten zu zwingen.

Das ist der Zusammenhang, in der die von Kapital, Regierung und DGB-Apparat ausgegebene Parole „Lohnverzicht zur Wiedererlangung der Stabilität" gesehen werden muß. **Die Arbeiterklasse soll mit fortgesetzter Verschlechterung ihrer Lebenslage für die Stabilität und nach Möglichkeit für die Steigerung der Profite der Kapitalisten zahlen.**

Der DGB-Apparat ist ein entscheidendes Instrument der Kapitalistenklasse zur Durchsetzung dieses Lohnraubfeldzuges. Wie so oft hat sich auch bei der Stahltarifrunde gezeigt, daß Vertrauen in den DGB-Apparat heißt, sich den Kapitalisten auszuliefern. Es ist nicht so, daß der DGB nicht konsequent kämpft und leicht kapituliert. Er kämpft konsequent und kapituliert nicht, allerdings kämpft er im Auftrag des Kapitals gegen die Arbeiterklasse.

Wie stets haben die D„K"P-Revisionisten dem DGB-Apparat auch in der Stahlrunde um jeden Preis die Stange gehalten, mit allen Mitteln sind sie gegen jede Initiative aus dem Kreis der Kollegen, den Kampf selbst in die Hand zu nehmen, aufgetreten, mit allen Mitteln wollen sie die Arbeiterklasse an den DGB-Apparat ketten. Jetzt starten sie ein großes Ablenkungsmanöver. Gerade jetzt, wo in den Betrieben der Kampf um mehr Lohn auf der Tagesordnung steht, geben sie die Parole aus, jetzt müsse verstärkt für einen „Preisstopp" gekämpft werden.

Abgesehen davon, daß es sich hier um ein Ablenkungsmanöver der D„K"P-Revisionisten handelt, ist es ja wohl gerade dieser Staat, der im Interesse der Monopole in die Wirtschaft eingreift, ihnen Subventionen und Rüstungsaufträge zuschanzt und aus dem Munde der Regierung gleichzeitig verlauten läßt, Arbeitslosigkeit sei unvermeidbar, um die Stabilität zurückzugewinnen. Es ist die Regierung dieses Staates, die rücksichtslos die Politik der verschärften und ständigen Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen betreibt. Und dieser Staat, an den die Arbeiterklasse sich nach dem Willen der D„K"P-Revisionisten mit der Bitte um „Preisstopp" wenden soll, ist nicht nur wirtschaftlich ein Instrument der Monopole. Erinnern wir uns an den Sommer 73, als dieser Staat Polizeitruppen gegen streikende Arbeiter losknüppeln ließ. **Dieser Staat ist der Herrschaftsapparat der Kapitalistenklasse, seine Aufgabe ist es, Macht und Profit der Bourgeoisie gegen den revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse zu verteidigen.** Diesem Staat der Kapitalisten sollen wir nach Ansicht der D„K"P-Revisionisten vertrauen, statt den Kampf aufzunehmen. Diese Empfehlung der D„K"P zeigt erneut ihren Charakter als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, als Partei des Verrats an der Arbeiterklasse und am Kommunismus.

Kapitalistenklasse, Kapitalistenstaat, DGB-Apparat und D„K"P-Revisionisten – das sind Todfeinde der Arbeiterklasse, auch wenn sie sich wie DGB und D„K"P als „Arbeiterorganisationen" aufspielen. **Im Kampf gegen den Lohnraub, gegen die weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage kann die Arbeiterklasse nur erfolgreich sein, wenn sie sich im unversöhnlichen Kampf gegen diese Feinde zusammenschließt.**

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG! VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

Lehrlingsstreik gegen politische Unterdrückung

Am 18. 10. 1974 wurde in Frankfurt-Bockenheim ein leerstehendes Haus der Stadt von mehreren hundert Jugendlichen besetzt, nachdem ihnen zwei Jahre lang ihre Forderung nach einem Jugendzentrum nicht erfüllt worden war, sondern im Gegenteil zwei andere bereits existierende Jugendhäuser auch noch geschlossen wurden. Die Polizei räumte das Haus wenige Stunden nach der Besetzung mit brutaler Gewalt und nahm alle, die zu der Zeit im Haus waren, fest. 251 Personen wurden erkennungsdienstlich behandelt und rund 16 Stunden in Haft gehalten.

Sofort danach erklärte Frankfurts Oberbürgermeister Arndt, daß gegen alle Hausbesetzer Strafanzeige unter anderem wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt erstattet werde. Außerdem kündigte er an, daß die Hausbesetzer, die bei der Stadt arbeiten, entlassen würden. 6 bei der Stadt Beschäftigte wurden auch sofort vor die bürgerliche Klassenjustiz geladen, gegen einen von ihnen sofort die Kündigung beantragt.

Dieses brutale Vorgehen von Polizei, Stadt und Justiz stieß auf die heftige Empörung der Frankfurter Bevölkerung. Nachdem es schon nach der Räumung des Hauses zu heftigen Kämpfen gegen die Polizei gekommen war, formierte sich dann eine breite Front gegen die angedrohten Entlassungen. Unterschriften wurden gesammelt, in anderen Schulen, z. B. der Fachhochschule für Sozialarbeit, eine Protestresolution verabschiedet. Am **30. Oktober beschloß die Jugendversammlung der LAW (Lehrwerkstatt der Stadt Frankfurt) den Streik und forderte in einem Flugblatt alle anderen bei der Stadt Beschäftigten zu einem Solidaritätsstreik gegen die politischen Entlassungen und für die Rücknahme der Strafanzeigen auf.**

Wie sehr die Stadt diesen Kampf der Jugendlichen fürchtet, zeigte sich daran, daß gegen Ende der Jugendversammlung der zuständige Stadtrat auftauchte und allen Lehrlingen mit sofortiger Entlassung drohte, wenn sie nicht sofort an die Arbeit gingen. Die Lehrlinge, von denen ebenfalls drei entlassen werden sollen, ließen sich aber dadurch nicht beirren. Zum Schluß ihres Flugblatts heißt es:

„Gegen diese Erpressung helfen keine Unterschriftensammlungen oder leere Forderungen – unser einziges Mittel ist Streik – und jetzt erst recht."

Revisionistisches

DIE EIGENEN MITGLIEDER DES SAALES VERWIESEN

In der Woche vor der Wahl führte die D„K"P in Nürnberg eine öffentliche Versammlung durch. Bereits in der Vorhalle stürzten sich D„K"P-Ordner auf Genossen der Partei: „*Wir wollen endlich mal eine Veranstaltung über die Bühne bringen. Verschwindet hier.*" Die Genossen diskutierten daraufhin draußen mit den Besuchern dieser Veranstaltung weiter und verkauften den ROTEN MORGEN.

Kurz darauf kam für die D„K"P Schläger Verstärkung: Vier scharfe Schäferhunde wurden in der Ordnerkette postiert! Die Angst der D„K"P-Revisionisten vor der revolutionären Linie der Partei ging so weit, daß sie selbst Leute, die nur das Flugblatt der Partei in der Hand hielten, des Saales verwiesen. Wie sich später herausstellte, warfen sie damit ihre eigenen Mitglieder hinaus.

DAS SCHWEIGEN DER IRANISCHEN REVISIONISTEN

Die sowjetischen Sozialimperialisten kaufen vom Schahregime iranisches Erdgas zu einem Drittel des reellen Preises. Gleichzeitig wurde der Preis für iranisches Erdöl vervierfacht. Bei der 400 prozentigen Erhöhung des Erdölpreises griffen die iranischen Revisionisten den Schah an, er habe die „internationalen Umstände nicht genügend ausgenützt, um noch mehr Gewinn aus dem Erdöl zu ziehen." Zu der Verschleuderung des iranischen Erdgases an die sowjetischen Sozialimperialisten schweigen die iranischen Revisionisten der Toudeh-Partei. Man fragt sich, welch ein Unterschied zwischen der Tatsache, daß die sowjetischen Sozialimperialisten iranisches Erdgas zu einem Drittel seines reellen Preises einkaufen, um es mit 300% Gewinn weiterzuverkaufen und den Praktiken der Erdölkonzerne besteht.

Die Sowjetunion aber kauft nicht nur iranisches Erdgas zum Tiefstpreis, um es mit Riesenprofiten weiterzuverkaufen, sondern sie verkauft dem Iran auch ihrerseits Waren zu extrem überhöhten Preisen. So mußte der Iran im November 1972 für 30 ooo t sowjetischen Zement noch 13 Dollar pro Tonne zahlen, aber im Dezember 1973 kosteten 67 000 t Zement bereits 49 Dollar pro Tonne. Innerhalb eines Jahres haben die sowjetischen Sozialimperialisten dem Iran den Zementpreis um mehr als 300% erhöht. Auch dazu schweigen die iranischen Revisionisten selbstverständlich.

POLNISCHE REVISIONISTEN VERLEIHEN ORDEN AN KRUPP-CHEF BEITZ

Krupp-Chef Beitz kann sich mit einem neuen Orden schmücken. Die polnischen Revisionisten haben ihm als erstem Deutschen einen der höchsten polnischen Orden verliehen. Begründet wurde diese Ordensverleihung mit den Verdiensten von Beitz um die deutsch-polnische Freundschaft, besonders während und nach dem zweiten Weltkrieg, wo er vielen polnischen Verfolgten geholfen habe.

Die bürgerliche Presse meldet, Krupp-Chef Beitz sei bei dieser Ordensverleihung sichtlich bewegt gewesen. Kein Wunder, so unverfroren, den Chef eines der größten Rüstungsbetriebe, für dessen Profite Millionen ihr Leben ließen, als antifaschistischen Helden zu ehren, waren noch nicht einmal die westdeutschen Imperialisten.

Wahlen in Hessen und Bayern zeigen:

Parlamentarische Illusionen müssen bekämpft werden

Nach den Erfolgen der CDU/CSU bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen ist wieder — besonders seitens der D„K"P-Revisionisten — das Schlagwort von der „bedrohlichen Rechtsentwicklung" verstärkt ins Spiel gebracht worden. Strauß und Dregger, die bei ihren Wahlauftritten der antikommunistischen Hetze breiten Raum gaben, scheinen diese Einschätzung zu bestätigen. Tatsächlich zeigt das Wahlergebnis aber vor allem, daß die Massen nach wie vor noch stark in parlamentarischen Vorstellungen befangen sind.

CDU/CSU haben eben nicht nur antikommunistische Hetze betrieben, sondern vor allem mit massiver Demagogie die Bonner Regierung angegriffen. Der SPD gaben sie die Verantwortung für Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Inflation, für alle Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems. So hat die CDU Aktionen durchgeführt, bei denen sie Würstchen und Bier zu den Preisen, die zur Zeit der Erhard-Regierung galten, verkauften. Slogan: „Kaufen Sie zu CDU-Preisen!" Demagogisch auch knüpften CDU/CSU an dem berechtigten Wunsch des deutschen Volkes nach nationaler Einheit an.

Die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen, die diesmal CDU/CSU gewählt haben, wollten zweifellos der Bonner Regierung eine Abfuhr erteilen. Sie wählten die Partei, die im Bonner Parlament in der Opposition sitzt. **Gerade daran, daß breite Teile der Werktätigen gegenwärtig offensichtlich die Abwahl der einen Partei und die Wahl einer anderen als Alternative sehen, zeigt sich, wie stark die parlamentarischen Vorstellungen noch verbreitet sind.** In dieser Hinsicht war es falsch, wenn wir im letzten ROTEN MORGEN schrieben: „Obwohl das Parteiengezänk diesmal besonders laut und heftig war, galt die Aufmerksamkeit der Werktätigen weniger als zuvor dem Wahltheater." Die Wahlen von Hessen und Bayern haben gerade gezeigt, daß die Werktätigen den Wahlen noch große Aufmerksamkeit schenken.

Andererseits ist es trotzdem richtig, daß die Wahlen in Bayern und Hessen einen weiteren Beweis für die Fäulnis und den Verfall des Parlamentarismus in unserem Land geliefert haben. Das Ausmaß, in dem das parlamentarische System seine Funktion, die Diktatur der Bourgeoisie zu verhüllen, erfüllen kann, hängt davon ab, inwieweit die Unterdrückten und Ausgebeuteten in den bürgerlichen Parteien ihre Interessen „vertreten" sehen. Viele Kollegen, die vielleicht noch bei der letzten Bundestagswahl SPD gewählt haben, weil sie glaubten, eine SPD-Regierung sei doch „arbeiterfreundlicher", haben diesmal CDU/CSU gewählt. Deshalb setzen sie aber nicht auch die Erwartungen, die sie irrtümlich noch an die SPD geknüpft hatten, nun in die CDU/CSU. Die Wahl wird für immer mehr Kollegen zur Wahl zwischen Übeln, wobei zunehmend keine der bürgerlichen Parteien als das „kleinere Übel" begriffen wird. **Dieser wachsende Lösungsprozeß von den bürgerlichen Parteien, der beispielsweise in England noch weiter fortgeschritten ist, ist aber eben nicht gleichbedeutend mit dem Abstreifen aller parlamentarischen Illusionen, obwohl er eine Schwächung des Parlamentarismus und eine günstige Bedingung für die Bekämpfung der parlamentarischen Vorstellungen durch die Partei darstellt.**

Eine besondere Rolle spielen hier die modernen Revisionisten der D„K"P. Sie versuchen den Prozeß des schwindenden Vertrauens der Massen in den Parlamentarismus aufzuhalten, indem sie sich selbst als Partei propagiert, die über parlamentarische Wahlen und Parlament der Arbeiterklasse den Sozialismus bringt. Indem sie die parlamentarischen Illusionen züchten, versuchen sie, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abzuhalten. Das zeigt auch ihre Einschätzung des Wahlergebnisses: indem sie die CDU/CSU-Gewinne als „Rechtsentwicklung" interpretieren, behaupten sie nicht nur, daß der Faschismus seine Ursache in der Rückschrittlichkeit der Massen hat, sie behaupten vor allem, die Frage, ob erneut eine faschistische Diktatur errichtet wird oder nicht, werde in den parlamentarischen Wahlen entschieden. Sie lenken ab von der Tatsache, daß die faschistische Gefahr hauptsächlich vom imperialistischen Staatsapparat ausgeht und daß der Faschismus nur durch die bewaffnete Revolution verhindert werden kann. Sie erweisen sich damit als der Wegbereiter des Faschismus.

An den Landtagswahlen haben sich auch der „K"BW und die GRF, die sich selbst unberechtigterweise KPD nennt, beteiligt. Der „K"BW erhielt in Hessen 2 734 Stimmen (0,1 %) und die GRF erhielt 4 152 Stimmen (0,1 %). In Bayern erhielt die GRF 6 719 Stimmen (0,1 %), wobei man berücksichtigen muß, daß bei dieser Zahl die Erst- und Zweitstimmen zusammengezählt wurden, daß in Wirklichkeit also sehr viel weniger Menschen die GRF gewählt haben. Im letzten ROTEN MORGEN meldeten wir fälschlich, GRF und „K"BW hätten zusammen in Bayern und Hessen jeweils 0,6 % bekommen. In Wirklichkeit ist das Ergebnis der Spalterorganisationen also wesentlich magerer.

Das gilt besonders für die GRF, die anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahl, als unsere Partei 3 000 Stimmen (0,3 %) errang, vom „sektiererischen Abseits" unserer Partei und von unserem „elend schlecht geführten Wahlkampf" tönte. **Bei ihrem Wahlkampf in Bayern und Hessen dagegen hat der Rechtsopportunismus der GRF-Führer höchste Blüten getrieben. Sie haben aber mit dieser „unsektiererischen" Politik eher schlechter abgeschnitten als die Partei in Hamburg. Das wird vielen Mitgliedern und Sympathisanten der GRF helfen, daß der „Kampf gegen das Sektierertum" ihrer Führer in Wirklichkeit nur der Schutzschild ist, hinter dem diese ihren rechtsopportunistischen Kurs durchsetzen.**

Ehemalige GRF-Sympatisanten in Darmstadt:

"Für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!"

„ ...ohne vorhergehenden vollständigen Sieg über den Opportunismus in der Arbeiterbewegung kann von der Diktatur des Proletariats nicht die Rede sein!" Mit diesem Lenin-Zitat beginnt ein Flugblatt, in dem 4 ehemalige Aktivisten des Rote Fahne-Freundeskreis Darmstadt erklären, daß sie sich nicht mehr als Sympathisanten der GRF, die sich selbst ohne jede Legimitation KPD nennt, betrachten. Zwei der Genossen waren Ersatzkandidaten der GRF bei den Landtagswahlen.

Wie die Genossen schreiben, versucht die restliche GRF-Darmstadt sich durch die Verbreitung von Hintertreppengeschichten und durch ähnlich schmutzige Tricks um eine ernsthafte ideologische Auseinandersetzung zu drücken. Die Genossen kündigen an, daß sie außer dem vorliegenden Flugblatt weitere veröffentlichen werden, um den ideologischen Kampf voranzutreiben.

Die Genossen gehen auf die Frage der Parteigründung ein und stellen fest, daß die Gründung der KPD/ML im Dezember 1968 durch den Verrat des modernen Revisionismus notwendig geworden war, daß sie im Kampf gegen den modernen Revisionismus gegründet wurde und daß mit ihrer Gründung die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und in Westberlin wieder eine Kommunistische Partei besaß. Zur Gründung der GRF schreiben die Genossen: **„Die GRF hat sich nicht im Kampf gegen den modernen Revisionismus gegründet, sondern trotzkistisch-zentristische Positionen vertreten. Oder hat sie nicht behauptet, die UdSSR unter der Herrschaft der neuen Zaren sei ein im Grunde sozialistisches Land, wenn auch mit Fehlern? Hat man nicht behauptet, die Kommunistische Partei Chinas vertrete in dieser Beziehung falsche Positionen? Hat die GRF zu ihren Positionen jemals eine offene, ehrliche Selbstkritik geübt? Ganz im Gegenteil: seit eh und je scheut man die Auseinandersetzung mit der KPD/ML."**

Die Genossen gehen darauf ein, wie die Darmstädter GRF-Sympathisanten-Organisation vorgibt, die Auseinandersetzung mit unserer Partei zu führen: **„Ersatzkandidaten dieser Organisation werden mit körperlicher Gewalt aus dem Wahlausschuß entfernt, ideologische Diskussionen mit der KPD/ML werden kurzerhand abgesetzt, Hintertreppengeschichten werden verbreitet. Nach der Phase eines prinzipienlosen Friedens ist der Rote Fahne-Freundeskreis nun zum prinzipienlosen Kampf übergegangen."**

Am Ende des Flugblatts richten die Genossen folgenden Aufruf an alle ehrlichen Mitglieder und Sympathisanten der GRF: **„Wir fordern alle ehrlichen Genossen der GRF Darmstadt auf, die ideologische Auseinandersetzung mit uns und den Genossen der KPD/ML zu führen und sich von den Hinhaltetricks der GRF nicht länger täuschen zu lassen! Es lebe der Marxismus-Leninismus! Für die Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!"**

Die Situation der GRF-Darmstadt spiegelt die Verschärfung der Widersprüche in der gesamten GRF und ihren verschiedenen Organisationen wider. Die GRF-Führer reden in der Roten Fahne lauthals vom „Kampf gegen den rechten Opportunismus" und zerren einige Auswüchse der von ihnen vertretenen und zu verantwortenden rechtsopportunistischen Linie hervor, um sich selbst plötzlich als Hüter der revolutionären Linie aufzuspielen. In Wirklichkeit in das nur ein Täuschungsmanöver, um den wachsenden Widerstand der Mitglieder und Sympathisanten gegen den rechten Kurs der Führer abzublocken. **Die Darmstädter Genossen weisen den ehrlichen Mitgliedern und Sympathisanten der GRF den einzig richtigen Weg: Kämpft für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!**

Vom Aufbau des Sozialismus

EIN NEUES LEBEN FÜR DIE NATIONALEN MINDERHEITEN IN CHINA

China ist ein Land, in dem viele Nationalitäten zusammenleben. Außer den Han, der größten Nationalität, gibt es in China über 50 nationale Minderheiten. Sie machen rund 6% der Bevölkerung aus, bewohnen aber über die Hälfte des chinesischen Territoriums. Vor der Revolution gehörten die Angehörigen der nationalen Minderheiten zu den Ärmsten der Armen. Die Bevölkerung einiger Nationalitäten verringerte sich von Jahr zu Jahr und andere wurden bis an den Rand des Aussterbens getrieben.

Nach der Befreiung wurden auch die Angehörigen der nationalen Minderheiten zu Herren des Landes. Sie erhielten besondere Unterstützung beim Aufbau des Sozialismus, Partei und Regierung halfen ihnen politisch und wirtschaftlich. So hat z.B. Tibet, wo es vor der Befreiung überhaupt keine Industrie gab, über 200 moderne Industrieunternehmen. Gleichzeitig erlebte die Landwirtschaft einen großen Aufschwung. Dieser wirtschaftliche Fortschritt, der zu einer grundlegenden Verbesserung des Lebensstandards führte und die rapide Verbesserung der medizinischen Versorgung in diesen Gebieten finden ihren Ausdruck in den wachsenden Bevölkerungszahlen der nationalen Minderheiten. So haben sich z.B. seit der Gründung der VR China die Mongolen um das 2,7-fache, die Uiguren in Singkiang um 42 % und die Tibeter um 200 000 vermehrt. Diese Unterstützung der nationalen Minderheiten bedeutet aber keine Bevormundung oder gar Unterdrückung. Sofort nach der Gründung der VR China wurde dort, wo die nationalen Minderheiten in geschlossenen Gemeinden lebten, die regionale Autonomie eingeführt. Insgesamt wurden in China 5 autonome Gebiete errichtet, außerdem in zahlreichen Provinzen insgesamt 90 autonome Bezirke und Kreise. Auf diese Weise werden die Rechte der nationalen Minderheiten auf Gleichberechtigung und Autonomie gewährleistet.

REKORD BEI DER GEWINNUNG VON SALZ

Die VR China hat den diesjährigen Plan für die Salzproduktion bei weitem übererfüllt. Insgesamt wurden bis zum 10. September 404 % mehr Salz als im letzten Jahr gewonnen. Die Qualität war besser und der Preis niedriger.

Diese Steigerung der Produktion hat ihre Ursache zum Beispiel im größten Salzgewinnungsgebiet in China darin, daß im letzten Winter die Salzgewinnung fortgesetzt und so die Sonnenverdunstungsperiode verlängert wurde. Die Arbeiter hatten sich zu dieser Maßnahme entschlossen, als sie die reaktionäre Lehre von Konfuzius und Lin Biao kritisierten, daß aller Segen von oben komme und sich stattdessen verstärkt auf ihre eigenen Kräfte stützen, um so den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben. Aus dem gleichen entschlossenen Kampf gegen reaktionäre Ideologien heraus wurde in anderen Gebieten die Mechanisierung der Salzproduktion vorangetrieben. So haben die Arbeiter eines Gebietes in dreijähriger harter Arbeit den Hauptprozeß der Salzherstellung vollständig oder teilweise mechanisiert und so die Produktion in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 61,9% gegenüber der gleichen Periode des letzten Jahres steigern können.

NEUE ERFOLGE BEI DER REGULIERUNG DES GELBEN FLUSSES

Bei der Regulierung des Gelben Flusses, einem der größten Projekte zur Verbesserung der Landwirtschaft, wurden neue Erfolge errungen. In der Provinz Shansi wurde begonnen, das Wasser des Flusses auf 214 m höher gelegene Felder zu leiten. Mit der Fertigstellung der ersten Pumpen können 18 900 ha Land bewässert werden. Bei Fertigstellung des gesamten Projekts werden 32 000 ha regelmäßig mit Wasser versorgt werden. Der Bau dieses riesigen Projekts war nur möglich, weil die gesamte Bevölkerung entlang dieses Flußabschnittes sich für den Bau einsetzte. Im Zuge der Fertigstellung des Projekts, bei dem Berge und Täler geebnet wurden, wurden verschiedene Fabriken errichtet. Mehr als 500 Techniker und Facharbeiter wurden dabei aus den Reihen der an diesem Flußabschnitt wohnenden Kommunemitgliedern herangebildet.

Auf der 29.Tagung der UNO-Vollversammlung

Rede von Tjiao Guan-hua, Chinas Delegationsleiter

Tjiao Guan-hua, der Leiter der Delegation der Volksrepublik China, hielt am 2. Oktober auf der allgemeinen Debatte der 29. Tagung der UNO-Vollversammlung eine wichtige Rede, die wir im folgenden gekürzt wiedergeben.

„Seit der Einberufung der 28. Tagung der UNO-Vollversammlung im Vorjahr haben alle Völker der Welt im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus neue und bedeutende Siege errungen. Die zahlreichen Länder der Dritten Welt sind bereits zur Hauptarmee im revolutionären Kampf gegen die beiden hegemonistischen Mächte geworden. Die von den Supermächten propagierte „Entspannung" ist von immer mehr Menschen durchschaut worden. Die verschiedenen Grundwidersprüche auf der Welt, insbesondere die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten, verschärfen sich weiter. Heute kann jedermann sehen, daß sich die heutige Welt in noch heftigerer Erschütterung und Unruhe befindet.

Hier soll vor allem der große Oktoberkrieg im Mittleren Osten erwähnt werden. Die heroischen Völker Ägyptens, Syriens, Palästinas und anderer arabischer Länder haben trotz der Behinderung und Sabotage seitens der Supermächte kurzentschlossen zur Waffe gegriffen und einen siegreichen Abwehrkampf gegen die Aggression des israelischen Zionismus geführt. (...)

Der Kampf der afrikanischen Völker um die nationale Befreiung hat große Fortschritte gemacht. (...) Die Völker Indochinas haben in ihrem Kampf gegen die USA-Aggression und für die nationale Befreiung immer wieder neue Siege errungen. (...) Der Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen den Hegemonismus, für die Wahrung der staatlichen Souveränität und Unabhängigkeit und für die Verteidigung der nationalen Wirtschaftsrechte und -interessen entwickelt sich schwunghaft weiter. (...)

Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben sich einander im Kampf unterstützt und immer klarer erkannt, daß Einheit Stärke bedeutet. Auf verschiedenen Konferenzen haben sie mit aller Schärfe den Kolonialismus, Rassismus, Zionismus, Imperialismus und Hegemonismus verurteilt. Ihre gerechten Kämpfe und die der Völker anderer Länder unterstützen und ergänzen sich gegenseitig und bestürmen heftig die alte internationale Ordnung, die die Supermächte aufrechtzuerhalten suchen.

Im letzten Jahr hat sich die Rivalität zwischen den beiden Supermächten, den USA und der Sowjetunion, um Einflußsphären und Welthegemonie noch mehr verschärft. Das ist eine Tatsache, die keine Abkommen zwischen ihnen verschleiern können. Die sowjetische Führung preist diese Abkommen in einem Maße, als ob die ganze Weltlage entspannt werden könnte und eine „neue Geschichtsperiode", eine „Welt ohne Krieg", eingeleitet würde, nur wenn die USA und die Sowjetunion irgendein Abkommen schließen. Die „Entspannung" ist zu einer Art Quacksalbermedizin der sowjetischen Führung geworden, mit der sie überall hausieren geht. Aber niemand von uns wird vergessen, daß der Mittelost-Krieg eben zu der Zeit ausbrach, nachdem bei dem zweiten amerikanisch-sowjetischen Gespräch ein ganzer Berg von Vereinbarungen erreicht worden war. Und der Zypernfall ereignete sich, nachdem beim dritten sowjetisch-amerikanischen Gespräch weitere Vereinbarungen erreicht worden waren. Also, wo ist die ‚Entspannung'? ! Ist die Rivalität zwischen den beiden Supermächten im Mittelost-Krieg und im Zypern-Fall nicht deutlich geworden? !

Um ein ‚Gleichgewicht der Kräfte' aufrechtzuerhalten, haben die USA und die Sowjetunion über die ‚Begrenzung der strategischen Waffen' gewisse Vereinbarungen erreicht. **Aber seit dem dritten amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen hat man noch deutlicher erkannt, daß diese Vereinbarungen in der Tat die Grundlage für ein weiteres, noch größeres und heftigeres Ringen darstellen. Was das sogenannte Gleichgewicht anbelangt, so ist dies in der Natur wie in der menschlichen Gesellschaft seit jeher relativ und zeitweilig, während das Ungleichgewicht absolut und konstant ist. Tatsächlich besteht heute zwischen den beiden Supermächten faktisch kein ‚Gleichgewicht der Kräfte', sondern versucht die eine Seite mit aller Kraft die andere Seite einzuholen und zu überwältigen, und ein beispiellos heftiges Wettrüsten geht vor sich.** Es ist nicht verwunderlich, daß jene sich für ‚sozialistisch' ausgebende Supermacht vor kurzem arrogant prahlte, sie sei ‚an der ganzen Front der globalen Konfrontationen' in einer sogenannten ‚historischen Offensive', und ihr Schritt beim Vorrücken sei ‚rapide'.

Lenin lehrt uns: „ **‚Weltherrschaft' ist (...) der Inhalt der imperialistischen Politik, deren Fortsetzung der imperialistische Krieg ist.**" Solange Imperialismus und Sozialimperialismus existieren, besteht die Gefahr eines Krieges, kann es keine wirkliche Entspannung und auch keinen sogenannten ‚dauerhaften Frieden' geben. Die Gefahr eines Krieges kommt heute von den Supermächten. Die eine Supermacht betreibt mit allen Mitteln Infiltration und Expansion nach außen und läßt nichts unversucht, um in Europa und in den anderen Gebieten der Welt in die Einflußsphären der anderen Supermacht einzudringen, diese zu ersetzen und somit ihren wilden Drang nach der Vorherrschaft in der Welt zu verwirklichen. Wenn die heftige Rivalität zwischen den Supermächten weitergeht, wird eines Tages entweder zwischen ihnen ein Krieg ausbrechen, oder werden die Völker sich zur Revolution erheben. Entweder ruft der Krieg die Revolution hervor, oder verhindert die Revolution den Krieg. Wie der Vorsitzende Mao Tsetung gesagt hat, **‚bleibt die Gefahr eines neuen Weltkrieges immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen dagegen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution.'**

(...) Die beiden Supermächte befinden sich in dem Dilemma innerer und äußerer Schwierigkeiten und haben es sehr schwer. Die eine Supermacht hat ihre Armee schon zu weit ausgestreckt. Sie hascht nach dem einen, verliert aber das andere und ist in eine Zwickmühle geraten. Die Situation der anderen Supermacht sieht noch weniger rosig aus. Ihre Ambitionen sind sehr groß, aber ihre Kraft reicht nicht aus, und sie hat viele Schwierigkeiten. **Sie befinden sich beide in einer Lage, die durch die Verszeile illustriert wird: ‚Da stehst du machtlos da: die Blüten fallen nieder.' Eine Überschätzung der Kraft der Supermächte entspricht nicht den wirklichen Verhältnissen. Letzten Endes entscheiden die Tausende von Millionen zählenden Völker der Welt und nicht ein oder zwei Supermächte das Geschick der Welt.**

Herr Präsident! Über einige Probleme, vor die sich diese Tagung der UNO-Vollversammlung gestellt sieht, möchte die chinesische Delegation folgende Ansichten darlegen:



Tjiao Guan-hua, der Leiter der Delegation der VR China

1. Über den Kampf Afrikas gegen den Kolonialismus

China unterstützt seit jeher den Befreiungskampf aller unterdrückten Nationen und Völker der Welt und hält dies für seine unbedingte internationalistische Pflicht. In Afrika unterstützen wir entschieden die Völker von Mosambik, Angola, Simbabwe, Namibia, Azania und anderen Gebieten in ihrem gerechten Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus. Wir bewillkommnen die Gründung der Republik Guinea-Bissao und begrüssen herzlich ihren Beitritt in die UNO. Wir fordern entschlossen, daß Spanien seine Kolonialherrschaft über die Spanische Sahara beendet, und hoffen aufrichtig, daß die betreffenden arabischen Länder mit dem Volk der Spanischen Sahara zusammenarbeiten werden auf der Grundlage des vereinten Kampfes gegen den Kolonialismus, um durch freundschaftliche Konsultationen eine vernünftige Lösung der Fragen in diesem Gebiet zu suchen.

Wir sind der Ansicht, daß die Völker in den Kolonien nur dann die nationale Befreiung erlangen können, wenn sie hauptsächlich auf die eigene Kraft vertrauen und einen kompromißlosen Kampf gegen den Kolonialismus führen. Der sterbende Kolonialismus führt einen Verzweiflungskampf, indem er sich auf seine Streitkräfte stützt. **Ohne den Sieg der Völker der Kolonien in ihrem bewaffneten Kampf würde er nie von der geschichtlichen Bühne abtreten. (...)"**

Die Erfahrungen der VR China zusammenfassend, fährt Tjiao Guan-hua fort: „Auch bei Verhandlungen muß man auf dem Kampf fußen. Man muß während der Verhandlungen die Grundinteressen des Volkes schützen; die Streitkräfte des Volkes müssen verstärkt und nicht geschwächt werden. Überdies muß darauf hingewiesen werden, daß, während der alte Kolonialismus noch nicht ausgestorben ist, der Neokolonialismus aller Schattierungen, einschließlich des Neokolonialismus, der die Flagge des Sozialismus zur Schau trägt, seine Infiltration intensiviert. Er sät zwischen den afrikanischen Ländern und innerhalb der nationalen Befreiungsbewegungen Zwietracht, um sie zu spalten und zu demoralisieren, in dem vergeblichen Versuch, anstelle des alten Kolonialismus diese Gebiete unter seine Kontrolle zu bringen. Demgegenüber muß man äußerst wachsam sein. Die Zukunft des Befreiungskampfes Afrikas ist hell, aber der Weg nach vorne ist voller Windungen. (...)

2. Die Mittelost-Frage

(...) Die Mittelost-Frage besteht ihrem Wesen nach im Kampf zwischen der israelisch-zionistischen Aggression und den beiden Supermächten, den USA und der Sowjetunion, die im Mittleren Osten um die Hegemonie ringen, einerseits, und dem palästinensischen Volk und den anderen arabischen Völkern, die gegen die Aggression und den Hegemonismus kämpfen, andererseits. (...)

Daß in den UNO-Resolutionen die Palästina-Frage nur als „Flüchtlingsproblem" behandelt worden ist, ist ein grosses Unrecht. Dagegen sind wir stets aufgetreten und werden dies weiter tun. (...)

Die Wiederherstellung der nationalen Rechte Palästinas und die Rückeroberung aller verlorenen arabischen Gebiete bilden einen zusammenhängenden Kampf. Solange die verlorenen arabischen Territorien nicht zurückerobert und die nationalen Rechte Palästinas nicht wiederhergestellt worden sind, ist die Lösung der Mittelost-Frage unmöglich. Zu welchen Tricks sie auch Zuflucht nehmen mögen, es wird den Supermächten nie gelingen, die nationalen Rechte Palästinas zu opfern und die Kampfentschlossenheit des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker zu unterminieren.

Wir hoffen, daß die UNO ihre seit langem bestehende ungerechte Haltung zur Palästina-Frage berichtigt. (...) Man darf sich keinen Illusionen über die Resolutionen der UNO hingeben. **Letzten Endes können die arabischen Länder ihre verlorenen Territorien und das palästinensische Volk seine nationalen Rechte nur gestützt auf die eigene enge Geschlossenheit und den beharrlichen Kampf und mit Unterstützung seitens der Völker der ganzen Welt wiedergewinnen.**

3. Über die Zypernfrage

Die Zypernfrage ist eine Hinterlassenschaft imperialistischer Kolonialherrschaft. Die innere Ursache des kürzlichen Ausbruchs auf Zypern ist das Nichtvorhandensein einer befriedigenden Lösung der Frage der zwei Nationalitäten auf der Insel; und die äußere Ursache liegt in dem Versuch jeder der beiden Supermächte, diese strategisch wichtige Insel unter ihren Einfluß und ihre Kontrolle zu bringen.

Die eine Supermacht zog im Hintergrund Fäden und stiftete Unruhe. Zu der anderen Supermacht, der Sowjetunion, die mal die eine Seite, mal die andere unterstützt, Zwietracht sät und das Feuer schürte, sagte Tiao Guan-hua: „Jeder, der ein urteilsfähiges Auge hat, vermag zu sehen, daß ihre schädlichen Handlungen weder der Unabhängigkeit Zyperns noch den Interessen der griechischen und der türkischen Nationalität und der unmittelbar betroffenen Länder dienen, sondern darauf zielen, in die Zypern-Frage einzugreifen und ins östliche Mittelmeer vorzudringen. Um die Vorherrschaft im Mittelmeer an sich zu reißen, verdoppelt sie ihre Anstrengungen, mit Drohungen, Anlockung, Subversion und Sabotage gegen die Balkan-Länder vorzugehen, was unter diesen Ländern schwere Beunruhigungen hervorgerufen und Spannungen in diesem Gebiet verschärft hat.

Wir vertreten die Ansicht, daß die Unabhängigkeit und Souveränität und territoriale Integrität Zyperns respektiert werden müssen. Wir sind der Ansicht, daß die von der Geschichte hinterlassenen Probleme nicht schwierig zu lösen sind, wenn die griechische und die türkische Nationalität auf Zypern und die betreffenden Länder auf friedlichem Wege und mit Geduld Konsultationen führen. Wir müssen jederzeit gegenüber dem Eingreifen und der Intervention der Supermächte wachsam sein.

4. Über die Fragen des südasiatischen Subkontinents und der kernwaffenfreien Zonen

Die von Indien mit Unterstützung der Sowjetunion unternommene Zergliederung Pakistans hat auf dem südasiatischen Subkontinent Erschütterungen und Unruhe ausgelöst," heißt es in der Rede. Und kaum habe Indien die UNO-Resolution zur Feuereinstellung, zum Truppenabzug, zur Repatriierung der Kriegsgefangenen im April voll ausgeführt, habe Indien im Mai eine Kernsprengladung angeblich zu friedlichen Zwecken zur Explosion gebracht. Im Juni schließlich habe Indien Sikkim annektiert.

„Die Annexion Sikkims durch die indische Regierung hat bei dem sikkimischen wie auch bei dem indischen Volk Widerstand hervorgerufen und wurde von Indiens Nachbarländern und der Weltöffentlichkeit verurteilt. Nur die sowjetischen Propagandaorgane lobten Indien. Das zeigt, daß der sowjetische Sozialimperialismus der Hintermann des indischen Expansionismus ist.

Die Sowjetunion schreckt vor keinem Mittel zurück, um Intervention, Subversion, Zersetzung und Kontrolle gegen südasiatische Länder zu unternehmen. Sie schmiedet Ränke zur weiteren Zergliederung Pakistans. Sie träumt davon, einen Korridor zum Indischen Ozean zu öffnen, der ihren Interessen beim Ringen mit der anderen Supermacht um die Hegemonie auf dem südasiatischen Subkontinent und im Indischen Ozean dient. Die beiden Supermächte wetteifern miteinander, um im Indischen Ozean Militärbasen zu errichten, die teils offen, teils verdeckt sind. Nominell dienen solche Basen zivilen Zwecken, in Wirklichkeit aber dem Militär. Die labile Situation in Südasien und im Indischen Ozean verlangt nach Wachsamkeit."

China, so betonte Tiao Guan-hua, unterstützt entschieden den Vorschlag Pakistans für eine kernwaffenfreie Zone in Südasien, sowie den vom Iran und anderen Ländern gemachten Vorschlag für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Mittleren Osten.

5. Über die Fragen Kambodscha und Indochina

In seiner Rede hob Genosse Tiao Guan-hua die großartigen Erfolge des kambodschanischen Volkes unter der von Samdech Norodom Sihanuk geführten Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha im Widerstandskrieg gegen die USA-Aggression und zur Rettung des Vaterlandes hervor. Diese einzig legitime Regierung Kambodschas „ist von mehr als sechzig Ländern anerkannt und ihre freundschaftlichen Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt entwickelt sich ständig...

Es ist völlig rechtswidrig, daß die Lon-Nol-Clique den Sitz Kambodschas in der UNO besetzt. Im letzten Jahr benutzten einige Leute ‚Verfahrenstaktiken', um die Diskussion über die Frage der Wiederherstellung der legitimen Rechte der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha auf ein Jahr zu verschieben. Das war in jeder Hinsicht unrechtmäßig. Die chinesische Regierung setzt sich entschieden dafür ein, daß diese Tagung der UNO-Vollversammlung eine Resolution verabschiedet zur sofortigen Vertreibung der Vertreter der Landesverräterclique um Lon Nol und zur Wiederherstellung der legitimen Sitze der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha."

Tiao Guan-hua verurteilte vor der UNO, daß „gestützt auf massive amerikanische Militärhilfe sich die Saigoner Behörden weigern, die wichtigen Bestimmungen des Pariser Abkommens auszuführen, so daß die Lage im Süden Vietnams bis heute gespannt ist. **Wir fordern die USA-Regierung auf, im strikten Einklang mit dem Pariser Abkommen ihre Verwicklung und Einmischung in den Süden Vietnams einzustellen, damit der Frieden in Vietnam wirklich wiederhergestellt werden kann.**

Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnams ist die echte Repräsentantin der südvietnamesischen Bevölkerung. Im Pariser Abkommen wurde die Tatsache anerkannt, daß im Süden Vietnams zwei Administrationen existieren, nämlich: Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam und die Saigoner Behörden. Es ist unrechtmäßig, daß die Vereinten Nationen nur den Beobachter einer Seite, das heißt den der Saigoner Behörden, akzeptieren. **Um diese Irrationalität zu beseitigen, befürworten wir, daß die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam eingeladen werden soll, ihren Beobachter in die UNO zu schicken.**

6. Über die Korea-Frage

Die letzte Tagung der UNO-Vollversammlung ist zu einer allgemeinen Übereinstimmung über die Koreafrage gelangt, hat die drei Prinzipien der Selbständigkeit, der friedlichen Wiedervereinigung und der großen nationalen Einheit Koreas anerkannt und die Auflösung der „UNO-Kommission für die Vereinigung und Wiederherstellung Koreas" beschlossen. Das war ein begrüßenswerter Fortschritt.

(...)„Die Demokratische Volksrepublik Korea hat viele Anstrengungen unternommen, den Dialog zwischen dem Süden und Norden und die selbständige und friedliche Wiedervereinigung Koreas zu fördern. Aber alle diese Anstrengungen wurden von den südkoreanischen Behörden ungerechtfertigt abgelehnt... Was sie wirklich wünschen, ist Spaltung und nicht Wiedervereinigung...Heute leidet Südkorea praktisch unter dem Terrorregime eines faschistischen Alleinherrschers. Die südkoreanischen Behörden wagten hauptsächlich deshalb die Volksmassen in verstärktem Maße zu unterdrücken und den Dialog zwischen dem Süden und dem Norden zu unterminieren, weil sie von den USA-Truppen gestützt werden. Um die fremde Intervention in Korea auszuschalten und die selbständige und friedliche Wiedervereinigung Koreas zu fördern, ist der Abzug der ausländischen Truppen aus Südkorea absolut notwendig...

‚Die chinesische Regierung wendet sich entschieden gegen den Resolutionsentwurf über die Korea-Frage, den die USA und andere Staaten vorgelegt haben (der vorsieht, daß die „UNO-Truppen" nicht abziehen). Sie tritt entschieden dafür ein, daß diese Tagung der UNO-Vollversammlung den von Algerien und anderen Ländern vorgelegten Antrag über den Abzug aller im Namen der Vereinten Nationen in Südkorea stationierten fremden Truppen diskutieren und annehmen soll."

7. Über die Abrüstungsfrage

Genosse Tiao Guan-hua weist darauf hin, daß die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte trotz ihres Abrüstungsgeschreis von Jahr zu Jahr vermehrt worden sind.

„Die chinesische Regierung ist für die Einberufung einer wirklichen Weltabrüstungskonferenz. Aber diese Konferenz muß ein klares Ziel und notwendige Voraussetzungen haben. Das klare Ziel ist das allseitige Verbot von Kernwaffen und ihre globale Vernichtung, und nicht die sogenannte Begrenzung von strategischen Waffen. Die notwendigen Voraussetzungen dafür sind: Alle kernwaffenbesitzenden Staaten, insbesondere die beiden Kernsupermächte, die Sowjetunion

Fortsetzung auf Seite 7

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Zahlreiche Solidaritätsaktionen

Die Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen äußerte sich in zahlreichen Aktivitäten. In einer Reihe von Städten fanden Solidaritätskundgebungen und Veranstaltungen der ROTEN HILFE statt, bei denen die Aufhebung der Isolationsfolter gefordert wurde. Auch auf den Veranstaltungen der Partei zum 25. Jahrestag der VR China wurden Solidaritätsadressen an die kämpfenden politischen Gefangenen verabschiedet. In Westberlin fand bereits Anfang Oktober eine Demonstration statt, die gemeinsam von der ROTEN HILFE, dem Komitee gegen Isolationsfolter und der KPD/ML durchgeführt wurde. Die Bourgeoisie beschlagnahmte hier gleich zu Beginn der Demonstration ein Flugblatt.

Auch an anderen Stellen wurde versucht, mit Polizeiterror die Solidarität mit dem Kampf der politischen Gefangenen zu verhindern. So nahm die Polizei einen Genossen des Komitees gegen Isolationsfolter fest, der in der Frankfurter Paulskirche anläßlich der Verleihung des Buchpreises die Hungerstreikerklärung der Gefangenen der RAF verlesen wollte. Wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" wurde er in Untersuchungshaft gehalten. In Hamburg prügelte die Polizei mehrere Genossen brutal aus einer Kirche, die während einer Feier zum Reformationstag, an der auch Kanzler Schmidt teilnahm, gegen die Isolationsfolter protestierten.

Angesichts der wachsenden Proteste gegen die Isolationsfolter und die grausamen Versuche, mit Zwangsernährung und verstärkten Schikanen den Kampf der politischen Gefangenen zu brechen, kann die Bourgeoisie ihr absolutes Stillschweigen über den Hungerstreik nicht mehr aufrechterhalten. So kündigte Justizsenator Korber von Westberlin an, er werde in einer Dokumentation beweisen, daß es keine Isolationsfolter gäbe.

In solchen Lügendokumentationen hat sich die Bourgeoisie schon öfter versucht. Sie erhält dabei gerade jetzt Unterstützung von einer Organisation, die vorgibt, gegen die Mißhandlung von allen Gefangenen zu kämpfen – von Amnesty International. Die Führung dieser Organisation hat schon bisher strikt daran festgehalten, daß es in westdeutschen und westberliner Gefängnissen keine Folter gäbe. Als Genossen des Isolationsfolterkomitees am 30. 10. abends das Büro dieser Organisation in Hamburg besetzten mit der Forderung, Amnesty solle gegen die Isolationsfolter protestieren, ließen diese Herren ihr Büro mit Einheiten der MEKs räumen und bewiesen so allen, auch ihren ehrlichen Mitgliedern, auf welcher Seite sie stehen.

Die Solidarität mit den politischen Gefangenen geht weiter. Schluß mit der Isolationsfolter! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Prozeß gegen Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert

Am 21. und 22. November wird in Hamburg ein Prozeß gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert stattfinden. Es handelt sich um den vor einigen Wochen bereits angekündigten Prozeß wegen eines Artikels im ROTEN MORGEN vom Juni 1973, in dem unter der Überschrift „Bonner Parlamentarier – korrupt bis auf die Knochen" erklärt wird, daß das Bonner Parlament niemals die Interessen der Werktätigen vertreten wird, daß es deshalb nichts anderes verdient, als im revolutionären Kampf der Massen auseinandergejagt zu werden. Daß die Bourgeoisie dem Kampf der Partei gegen den Parlamentarismus besondere Bedeutung beimißt, zeigt sich daran, daß die Bundestagspräsidentin Renger selbst Anzeige gegen diesen Artikel erstattet hat. Die Partei wird diesen Prozeß nutzen, um der Bourgeoisie an diesem wunden Punkt erneute Schläge zu versetzen. Wir werden in den nächsten Nummern des ROTEN MORGEN ausführlich auf diesen Prozeß eingehen.

Faschistischer Anschlag auf Parteibüro in Westberlin

In der Nacht zum 2. 11. wurde die Fensterscheibe des Parteibüros in Westberlin mit einer 9 mm Pistole durchschossen. Als die Westberliner Genossen am nächsten Morgen die Bewohner der umliegenden Häuser befragten, zeigte sich eine breite Empörung über diesen feigen Anschlag. Bereits zum dritten Mal wurde damit auf ein Parteibüro der KPD/ML ein faschistischer Anschlag verübt. Vor einiger Zeit warfen Trotzkisten der ELC in Hannover die Scheiben des Parteibüros ein. In München wurde erst vor kurzem die Fensterscheibe des Parteibüros eingeschlagen.



rote hilfe 27

Herausgegeben von der provisorischen zentralen Leitung PREIS 1,- DM

Im Mittelpunkt der ROTEN HILFE Nr. 27 steht die Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen. Die Rote Hilfe führt diesen Kampf unter den Parolen: Schluß mit der Isolationsfolter! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Zahlreiche Berichte geben außerdem einen Überblick über die bisherigen Aktionen. Außerdem in der ROTEN HILFE 27: Die internationalistischen Aufgaben der ROTEN HILFE; ein Artikel über die Prozesse gegen die Genossen Klaus Kercher und Heinz Baron und den Kölner Antifaschistenprozeß; ein Reisebericht über Albanien, das Land ohne politische Unterdrückung des Volkes u.a.m.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzuzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Konto Stadtsparkasse Dortmund
Konto Nr. 321 004 547

Gesteuert vom Bundeskriminalamt

Gezielte Hetze gegen die KPD/ML

„Zur Zeit sind in der Bundesrepublik mindestens 300 Polit-Banden am Werk, um diesen Staat sturmreif zu bomben. Sie haben nach Schätzungen der Polizei ungefähr 500 Zentner Sprengstoff zur Verfügung, der zum Teil aus Steinbrüchen, Bundeswehreinbrüchen oder eigener Fertigung stammt. Die Bewältigung der schwierigen logistischen, das heißt der Nachschubprobleme und der Beschaffung, hat offensichtlich die kommunistische Partei (KPD/ML) übernommen." **So steht es im Bayernkurier vom 19. 10. 1974. In den letzten Wochen wußten mehrere Zeitungen über Verbindungen unserer Partei zur RAF oder ähnlichen Organisationen zu „berichten". Wie die „Rheinische Post" vom 23. 10. schreibt, ist das Bundeskriminalamt Wiesbaden die Quelle dieser „Mutmaßungen".**

In einem Ermittlungsbeschluß gegen einen Sympathisanten der Roten Garde in Idar-Oberstein heißt es: „ ...wird die Durchsuchung der Wohnung, der dazugehörigen Nebenräume, sowie der Person des Beschuldigten und der ihm gehörenden Sachen angeordnet, **da er verdächtigt ist, in Idar-Oberstein als Angehöriger bzw. Anhänger einer maoistischen KPD-Gruppe ein Hochverratsunternehmen und ein Sprengstoffverbrechen vorzubereiten...** ".

Unsere Partei hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß nur die gewaltsame sozialistische Revolution die Arbeiter und alle Werktätigen aus Ausbeutung und Unterdrückung befreien kann. Sie hat seit ihrer Gründung erklärt, daß die Arbeiterklasse den imperialistischen Staatsapparat zerschlagen muß, um auf seinen Trümmern ihren Staat, die Diktatur des Proletariats zu errichten. Alle Aktivitäten unserer Partei sind auf dieses Ziel ausgerichtet.

Unsere Partei hat darum stets die revolutionäre Gewalt gegen den Hetzchor der bürgerlichen Presse, gegen das Gegeifer der modernen Revisionisten und gegen den Terror des imperialistischen Staatsapparates verteidigt. Das gilt auch für bestimmte revolutionäre Aktionen der RAF. Genauso ist unsere Partei immer für die Solidarität mit den Genossen der RAF, die wegen ihres revolutionären Kampfes vom imperialistischen Staat verfolgt und gefangen gehalten werden, eingetreten, und sie hat immer jenen widerlichen Opportunismus bekämpft, der die RAF-Genossen politisch als Provokateure denunziert, um sich selbst aus der Schußlinie des Klassenfeindes zu bringen.

Unsere Partei bekämpft allerdings auch die falschen ideologischen Anschauungen der RAF-Genossen und die falsche Taktik der RAF. Gegen die falschen Anschauungen der RAF-Genossen hat unsere Partei immer betont, daß die sozialistische Revolution nicht das Werk einiger „zu allem entschlossenen Helden" sein kann, sondern nur durch die Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Volksschichten und unter der Führung der Arbeiterklasse siegen kann.

Diese richtige, marxistisch-leninistische Haltung unserer Partei ist es, die die Bourgeoisie fürchtet und die sie immer neue Versuche starten läßt, unsere Partei zu kriminalisieren und ihre marxistisch-leninistische Linie durch entsprechende Pressekampagnen – wie die jetzt vom Bundeskriminalamt lancierte – vor den Massen zu verzerren. So heißt es in der „Rheinischen Post" vom 23. 10.:

„In Wiesbaden glauben die Fahnder, daß zumindest Teile der KPD/ML Baaders Nachfolgern Unterstützung gewähren, wohl auch Geld geben. Dies klingt um so glaubhafter, als keine andere Geldquelle für die RAF-Leute sichtbar ist. Die Ermittlungsbehörden müssen deshalb ihre Tätigkeit auch auf die KPD/ML mehr ausdehnen, als dies bisher der Fall war. Bei Streiks, Kurzarbeit oder Unruhen im Ruhrgebiet zum Beispiel bleiben die roten Agitatoren der KPD/ML bislang fast ungeschoren. Wie falsch dies war, wird nun sichtbar."

Dieser Kommentar der „Rheinischen Post" trifft in einer Hinsicht in der Tat den Kern der Sache: was die Bourgeoisie wirklich fürchtet und fürchten muß, ist die wachsende Verbindung der Partei mit der kämpfenden Arbeiterklasse. Obwohl der imperialistische Staatsapparat mit massivem Terror, der vorläufig in der Ermordung des Genossen Günter Routhier gipfelte, versucht hat, den Kampf der Partei gerade auch im Ruhrgebiet zu unterdrücken, errang die Partei große Erfolge bei der Gewinnung der Vorhut der Arbeiterklasse für den Kommunismus. Deshalb scheiterten auch die verschiedenen Versuche der Bourgeoisie, die Partei zur „kriminellen Organisation" zu stempeln. Immer mehr Menschen sehen nämlich, daß der Terror der Bourgeoisie gegen unsere Partei nicht die Verfolgung irgendwelcher „Krimineller" ist, sondern der Kampf der Kapitalistenklasse gegen den Kommunismus und damit letztlich gegen die Arbeiterklasse selbst.

Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl mußte die Bourgeoisie unsere Partei sogar förmlich als Partei anerkennen. Ihre Kriminalisierungspläne aber hat sie damit nicht begraben. Wie beim Oßwald-Schulte-Prozeß über die ZB-Organisation, so versucht sie jetzt über die RAF die Partei zu kriminalisieren.

129 Tage Ordnungsstrafe, Zwangsanwälte, Gerichtspsychiater

"Das war wie früher, bloss raffinierter!"

Fortsetzung von Seite 1

schen Diktatur zu unterdrücken.

Ein Beweis für die fortschreitende Faschisierung des Staatsapparats ist schließlich auch dieser Prozeß. Auch in dieser Woche verhängte der Richter 39 Tage Ordnungsstrafe. Das sind insgesamt jetzt über 4 Monate Gefängnis für Angeklagte und Zuschauer. Zweimal bereits drohte er den angeklagten Genossen wegen „Rädelsführerschaft" für die „Unruhen" im Zuschauersaal den Ausschluß vom Verfahren an.

Dieser Terror allerdings vermag nicht, die revolutionäre Stimme der angeklagten Genossen zum Schweigen zu bringen und er vermag erst recht nicht, zu vertuschen, daß sich hier im Gericht wie damals auf der Straße zwei Lager gegenüberstehen: auf der einen Seite offene Faschisten, die Polizei, die Justiz; auf der anderen Seite die Kommunisten und die Bevölkerung. Die Zeugen in diesem Prozeß machen das in entlarvender Weise klar. Die 60 Zeugen der Staatsanwaltschaft bestehen ausschließlich aus offenen Faschisten und Polizisten. Für die angeklagten Antifaschisten und Kommunisten dagegen sagen zwei Bewohner von Köln-Nippes aus. Beide betonen: wir hätten uns nicht als Zeugen gemeldet, wenn der Polizeieinsatz nicht so brutal gewesen wäre.

Warum die Staatsanwaltschaft gar nicht erst versucht hat, Zeugen unter der Bevölkerung zu finden, macht die Äußerung eines Polizisten klar. Er wird gefragt: Was hat die Bevölkerung gesagt? – Antwort: Das Übliche. – Was das denn sei? – Ja, daß wir bloß draufhauen, daß wir Handlanger der Kapitalisten sind. Eben das Übliche.

Dieses spontane Zusammenstehen zeigt sich auch bei den Kollegen der angeklagten Genossen, sie zeigt sich bei Gesprächen über den Prozeß. Neu ist für viele, daß man vor diesem Gericht zum Angriff übergehen kann. Ein Kollege eines angeklagten Genossen, der zusammen mit drei anderen nach 12stündiger Nachtschicht zum Prozeß gekommen war, ist davon so begeistert, daß er spontan in die KPD/ML eintreten will. Die anderen angeklagten Genossen berichten ebenfalls von vielen interessierten Fragen über den Sozialismus und die Partei.

Um dieses wachsende Interesse an der Partei und am Kommunismus einzudämmen, das ja nicht nur während dieses Prozesses in Köln festzustellen ist, greift die bürgerliche Klassenjustiz zu einem besonders üblen Mittel.

Bereits vier Wochen vor dem Prozeß hatten die Genossen einen Brief von einem Landesmedizinaldirektor Laakmann am Landeskrankenhaus Bonn erhalten: Sie sollten zur Erstellung eines „psychologischen Gutachtens' erscheinen. Die Genossen gingen natürlich nicht hin. Derselbe Laakmann saß dann trotz des Protestes der Genossen während der gesamten Verhandlung neben dem Staatsanwalt. In der letzten Woche gab er sein „Gutachten" ab. Die Solidarität unter den angeklagten Genossen, ihren Kampfgeist und ihren mutigen Kampf für den Kommunismus verleumdete er der Reihe nach als die Streitsucht und die Aggressivität von gescheiterten Existenzen, die ihren Ärger an der Gesellschaft auslassen wollen. Die Kollegen, die auch bei diesem Prozeß Sympathien gewannen für die KPD/ML, unter deren Führung man geschlossen gegen den Klassenfeind vorgehen kann, beschimpfte er als Leute, die mit ihren persönlichen Ängsten nicht fertig werden.

Ergänzt wurde dieser saubere Arzt von einem der Zwangsanwälte, die das Gericht den Angeklagten diktiert hatte. Er stimmte der vorgebrachten Hetze voll zu und erklärte dann, die Angeklagten seien im Grunde nicht die wirklichen Angeklagten. Vor Gericht müßten die Führer der Partei stehen. Die Angeklagten seien junge Idealisten, die von ihnen mißbraucht würden.

„Jedes dieser Worte", sagte einer der Angeklagten zu uns, „traf uns wie ein Schlag auf den Kopf. Und so war es auch gemeint. Hier wurden die Kommunisten als lebensuntüchtige Spinner hingestellt. Hier wurden wir nicht nur als Kommunisten, sondern auch als Arbeiter, als Vertreter der Arbeiterklasse beleidigt. Alle guten Eigenschaften der Arbeiter wurden in den Dreck gezerrt und beschimpft." Eine alte Frau aus dem Zuschauersaal sagte den Genossen später: „Das hab' ich alles schon einmal erlebt. Das war wie früher, bloß viel raffinierter. Ich habe nach diesem Prozeß den ganzen Tag nichts essen können."

Daß das Gericht in diesem Prozeß wirklich aus allen Rohren schießt, um die Angeklagten fertig zu machen, zeigte sich am Beispiel des 15jährigen Walter. Am Dienstag letzter Woche verordnete es plötzlich den Ausschluß der Zuschauer und der Angeklagten und verkündete in geheimer Sitzung die Einstellung des Verfahrens gegen diesen Genossen. Auch in diesem Fall zeigte sich die Aufgabe der Zwangsanwälte. Der Anwalt erklärte Genossen Walter, das Verfahren sei eingestellt, weil er nach Ansicht des Gerichts nur ein Mitläufer war. Nebenbei nannte er dann noch Paragraphen des Jugendstrafrechts, mit denen Walter nichts anfangen konnte. **Nach diesen Paragraphen aber ist das Verfahren eingestellt, weil andere „Erziehungsmaßnahmen", wie das bei Jugendlichen so vornehm heißt, bereits eingeleitet sind. Mit anderen Worten, das Verfahren wurde eingestellt, weil das Urteil bereits gesprochen ist.**

Was sagen die angeklagten Genossen nach vier Wochen Kampf gegen ein bürgerliches Klassengericht, das mit 129 Tagen Ordnungsstrafe, mit Zwangsanwälten und Psychiater gegen sie vorgeht? Wie wird der Kampf weitergehen? „Unsere wichtigste Erfahrung ist: man darf auf keinen Fall klein beigeben. Der Richter wartet nur darauf, daß einer das Kreuz krümmt, um ihn dann mit noch härteren Angriffen und einer hohen Strafe ganz fertig machen zu können. Dieser Prozeß hat uns noch einmal ganz klar gemacht: für einen Kommunisten, für einen Arbeiter gibt es gegen die Bourgeoisie nur eins, kämpfen. Weiterkämpfen bis zum endgültigen Sieg."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Kambodscha:
"Der Verräterbande muss ein Ende gesetzt werden!"

Der stellvertretende Premierminister und Verteidigungsminister der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha, Khieu Samphan, richtete am 6. Oktober einen Appell an die Arbeiter, Werktätigen und Landsleute, die in Konzentrationslagern von den Verrätern in Phnom Penh in Haft gehalten werden.

Den Appell von Khieu Samphan begrüßten und unterstützten begeistert die Werktätigen in den Gebieten, die von den Verrätern noch kontrolliert werden, mit der Ausweitung und Verstärkung ihrer Kampfaktionen. So wurden in mehreren Städten von den Massen die Lagerhäuser der Verräter-Clique angegriffen und ausgeräumt. Bei Tuol Tapoung haben Arbeiter und Werktätige zusammen mit Zivildiensten und einfachen Soldaten ein Nahrungslager angegriffen und Nahrung, darunter Reissäcke, ausgeteilt. Fabrikarbeiter von Chiptong, Sokilait usw. führen einen energischen Kampf gegen die steigenden Preise und für die Erhöhung ihrer Löhne, Lehrer haben auf Versammlungen in Phnom Penh energisch die faschistischen politischen Maßnahmen der Lon-Nol-Verräterclique verurteilt usw.

In dem Appell von Khieu Samphan heißt es: „Euer Leben vollzieht sich unter unbeschreiblich verheerenden und schmerzlichen Bedingungen. Mehr als je zuvor leiden Zehn- und Hunderttausende an Hunger, an Reisknappheit. So haben am meisten Elend und Leid diejenigen zu ertragen, die in den Konzentrationslagern leben müssen, die von den Verrätern insbesondere an den Grenzen der Hauptstadt Phnom Penh errichtet worden sind." (Hunger, Tod, Krankheit, Zwangsrekrutierung und Mädchenhandel haben sie zu ertragen).

Khieu Samphan warnt vor zahlreichen sogenannten „humanitären Organisationen", die in den von den Verrätern noch kontrollierten Gebieten arbeiten: „Tatsächlich sind es Organisationen des CIA, der japanischen Imperialisten und der Spionage-Abteilung von Taiwan, die als „humanitäre Organisationen" getarnt eingesetzt wurden, um Manöver zur Unterwanderung zu unternehmen. Seit Jahrtausenden, seit der Zeit, da unser Land ein großes und ruhmreiches Land war, hat unser Volk nicht so viel Hunger und Elend ertragen müssen wie jetzt. (...) Jedoch die US-Imperialisten haben die Verräter angestiftet, unser Volk bis aufs Blut zu unterdrücken und bis aufs Mark auszubeuten.

Um mit diesem großen Elend und mit dem Hungertod Schluß zu machen, gibt es nur einen Weg für Euch: Sofort der Verräterbande ein Ende zu setzen. Jeder Tag, an dem sie sich noch aufrecht erhalten, ist ein Tag des Unglücks für Euch. Können sie einen Monat länger leben, müßt Ihr einen Monat länger leiden. Frieden und Sicherheit werden auf dem Territorium unseres geliebten Kambodschas erst dann wiederkehren, wenn diese Verräterbande überwältigt wird. Dies ist der einzig gangbare Weg, einen anderen gibt es nicht.

Die Geschichte unserer Nation und unseres Volkes hat klar erwiesen, daß wir nur durch Kampf überleben können. Wenn wir nicht kämpfen, werden wir verdammt sein. In der Stadt Phnom Penh und in einigen Provinzstädten, die noch unter der Kontrolle des Feindes stehen, habt Ihr eine Tradition von außerordentlich tapferem Kampf geschaffen. Ihr habt in den vergangenen vier Jahren und länger das Banner des Kampfes hochgehalten."

Khieu Samphan zog daraus die Schlußfolgerung und rief die Arbeiter, Werktätigen und Landsleute, die in den Konzentrationslagern von den Verrätern in Phnom Penh in Haft gehalten werden, auf, sich überall in jeder Weise zusammenzuschließen und zu kämpfen, die Verräter in Verwirrung zu bringen, sich ihnen zu widersetzen mit politischer und mit Waffengewalt und den führenden Apparat der Verräter vollständig an die Wand zu drücken. Oder aber in die befreiten Gebiete zu kommen, wo die Ortskomitees der Nationalen Einheitsfront Kambodschas und die Bevölkerung ihnen Land, Rinder, Reisfelder geben und sie versorgen wird.

SPENDEN-KONTO

Spenden zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Kambodscha bitten wir, auf das Konto des Parteivorstandes einzuzahlen:

Vorstand der KPD/ML
Konto Stadtsparkasse Dortmund
Konto Nr. 321 004 547
Kennwort KAMBODSCHA

Spanien:
Die Streikbewegung erfaßt das ganze Land

Der Kampf der Arbeiterklasse in Spanien gegen Arbeitslosigkeit, Preissteigerung, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, entwickelt sich mächtig. Die Streiks greifen auf verschiedene Produktionszweige über und erfassen das ganze Land. Über 20 000 Arbeiter in den Betrieben von Vallodolid, 5 000 in Sevilla, 25 000 in Barcelona und weitere tausend in anderen Städten und Gebieten Spaniens sind in den Streik getreten. Die FRAP und die KPSp/ML rufen zum Generalstreik auf.

Am 19. Oktober begannen die Arbeiter der Fabrik Triumph in Madrid einen Streik, der bereits 7 Tage andauert. Mehrere Arbeiter wurden entlassen. Kommandos der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (OSO) gingen mit Kolleginnen in die umliegenden Betriebe, um zur Solidarität aufzurufen. Die Betriebe Placa Metal, Ros Motocolor und andere traten in den Streik. Bei Ros Motocolor gab es zuerst Teilstreiks. Doch als Polizei die Fabrik räumte und einige Arbeiter verhaftete, traten die Arbeiter aus Solidarität mit den Verhafteten und dem Streik bei Triumph in den vollständigen Streik.

Bei dem ITT-Betrieb Standard Electric findet ein Teilstreik in einem Produktionsbereich statt. Versammlungen wurden in den Werken von Villaverde und Madrid abgehalten, auf denen auch Kollegen von Triumph über ihren Kampf berichteten.

Der Streik der Bauarbeiter weitete sich von Madrid auf die umliegenden Dörfer aus. Das OSO-Komitee von Covilsa, wo schon seit einigen Tagen gestreikt wurde, rief auf, sämtliche Baustellen Madrids in den Streik mit einzubeziehen. Im Streik stehen auch die nicht festangestellten Professoren der Universität in Madrid. Aus Solidarität streiken mit ihnen 15 000 Studenten, die damit zugleich gegen die Besetzung der Fakultäten durch die Polizei protestieren. Auch 500 Oberschullehrer haben sich angeschlossen, mit ihnen die Mehrheit der Madrider Oberschüler.

Auch in den Stadtvierteln wird der Kampf geführt. Im Viertel von Simancas kämpfen die Anwohner für mehr Wohnungen. Der Ausschuß der faschistischen Franco-Gewerkschaft sah sich gezwungen, mit der Bereitstellung von 250 Wohnungen nachzugeben. Es kam zu einer Demonstration von 1 500 Anwohnern des Viertels, die von der FRAP geführt wurde. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Gefangene, die sich bereits in den Händen der Polizei befanden, konnten befreit werden.

Die KPSp/ML, ihr Jugendverband und die FRAP rufen verstärkt das spanische Volk auf, gegen die Machenschaften der faschistischen Regierung in den Generalstreik zu treten. Am 25. Oktober verteilte die KPSp/ML im Stadtteil Julian Camarillo einen Aufruf zum Generalstreik an tausende Arbeiter. Zugleich wurden revolutionäre Parolen an die Wände und Mauern in dem Viertel gemalt. Am selben Abend führten über 100 Mitglieder und Sympathisanten des Kommunistischen Jugendverbandes Spaniens (Marxisten-Leninisten) eine Demonstration in der Straße General Ricardos durch, die von den Anwohnern mit Wohlwollen unterstützt wurde. Die Demonstranten trugen Transparente, befestigten überall rote Fahnen und verteilten einen Aufruf des Exekutivkomitees des Jugendverbandes zum Generalstreik. Der Aufruf wurde von den Bewohnern des Viertels von Marques de Vadillo begeistert aufgenommen.

Rede von Tjiao Guan-hua

Fortsetzung von Seite 5

und die Vereinigten Staaten, müssen vor allem die klare Verpflichtung übernehmen, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erstes Land Kernwaffen einzusetzen, insbesondere nicht gegen die nichtatomaren Staaten und Zonen. So sollte z.B. die Sowjetunion vor allem eine solche Verpflichtung gegenüber der kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika auf sich nehmen. Sie müssen all ihre Streitkräfte, einschließlich der mit Nuklearraketen bewaffneten Truppen aus dem Ausland abziehen und alle Militärbasen, einschließlich der nuklearen, auf den Territorien anderer Länder schleifen. Nur so wird es allen Ländern, ob groß oder klein, möglich sein, gleichberechtigt und ohne militärische Drohung ruhig die Frage des allseitigen Verbots und der gründlichen Vernichtung der Kernwaffen und andere Fragen zu diskutieren und zu lösen.(...)

8. Über die Frage der Wahrung der staatlichen Souveränität und der nationalen wirtschaftlichen Rechte und Interessen

Angespornt durch den siegreichen Kampf der arabischen Länder und Völker, die das Erdöl als Waffe benutzten, haben die Länder der Dritten Welt einen großen Aufschwung im Kampf für die Wahrung ihrer staatlichen Souveränität die Kontrolle ihrer nationalen Resourcen und die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft und gegen die Ausbeutung und Ausplünderung seitens der Kapitalisten, insbesondere der Supermächte, herbeitgeführt.(...) So konnten die Länder der Dritten Welt auf der sogenannten Rohstoffkonferenz der UNO gegen die beiden Supermächte, die die alte Ordnung der Ausbeutung und Ausplünderung aufrechterhalten wollten, Beschlüsse durchsetzen, in denen auf die nationale Souveränität und Integrität der Länder bestanden wird.

Es gibt Leute, die behaupten, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien durch die Erhöhung der Erdölpreise verursache worden. **Im Grunde sind die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein notwendiges Produkt des imperialistischen Systems und kein Ergebnis der Steigerung der Rohstoffpreise und noch weniger eine Missetat der erdölproduzierenden Länder.** Solche Leute behaupten stets, daß die arabischen und die anderen erdölproduzierenden Länder durch die Erhöhung des Erdölpreises mühelos Dutzende von Milliarden Dollar gewonnen hätten. Dabei vergessen sie aber, wieviel mal mehr Superprofite das internationale Monopolkapital durch die jahrelange Ausplünderung und Ausbeutung sowie durch erzwungene Herabsetzung der Preise von Erdöl und Rohstoffen gerafft hat. Seit der Entstehung des Kolonialismus und dann des Imperialismus ist die Parität zwischen den Rohstoffpreisen und den Preisen der Industrieprodukte auf dem Weltmarkt immer ungerecht gewesen. Besonders in Zeiten der Wirtschaftskrisen wälzen die Kolonialisten und Imperialisten stets mit allen Mitteln wie der Herabsetzung der Rohstoffpreise, die ernsten Folgen der Wirtschaftskrise auf die breiten Volksmassen in den Kolonien und Halbkolonien, den heutigen Entwicklungsländern, ab. Die Imperialisten sehen diesen Zustand als normal und vernünftig an, ja sogar als heilig und unantastbar. Heute wird diese heilige Unantastbarkeit verletzt. Wut und Bluff bleiben wirkungslos. **Die tiefe Bedeutung des Erdölkampfes besteht eben darin, daß sich die Entwicklungsländer vereinigen, unabhängig und selbständig die nationalen Ressourcen kontrollieren und gegen die Ausplünderung, Ausbeutung und Abwälzung der Krise kämpfen.** Gewiß hat die Erhöhung des Erdölpreises den Ländern der Dritten Welt, die kein Öl produzieren, zeitweilig Schwierigkeiten bereitet. Wege müssen gesucht werden, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Aber man darf deswegen nicht diesen Kampf und seine große historische Bedeutung leugnen."

Für die Wahrung der staatlichen Souveränität und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft hat, wie Tiao Guan-hua weiter feststellt, auch der Kampf gegen den maritimen Hegemonismus und die Ausarbeitung eines neuen Seerechtes für die Länder der Dritten Welt eine große Bedeutung. Die beiden Supermächte hätten zwar ihre oppositionelle Haltung gegen die 200-Meilen- Wirtschaftszone zum Schein aufgegeben, versuchen aber zugleich durch eine Reihe von Vorbedingungen das Wesentliche der 200-Meilen-Zone zu torpedieren und die Ausplünderung und den Hegemonismus durchzusetzen.

„Die staatliche Souveränität zu wahren, die nationalen Ressourcen in die eigenen Hände zu nehmen, die nationale Wirtschaft zu entwickeln und gegen die Ausplünderung und Ausbeutung seitens der Supermächte zu kämpfen – das ist ein ernsthafter Kampf. Der Verzweiflungskampf der Supermächte ist zwar unvermeidlich, doch vergebens. Auf der 6. Sondersitzung der UNO-Vollversammlung und auf der Seerechtskonferenz in Caracas erhoben sich viele Entwicklungsländer. Sie enthüllten und verurteilten die Supermächte und forderten entschieden, die alte internationale Ordnung zu brechen und die Geschicke der Länder in die eigenen Hände zu nehmen. **Das ist ein Bild, das es in der Vergangenheit niemals gegeben hat. Die Supermächte sind heute so isoliert wie nie zuvor. Die Lage ist ausgezeichnet. Wir sind davon überzeugt, daß die zahlreichen Entwicklungsländer weiter neue Siege erringen werden, wenn sie sich zusammenschließen, sich mit allen Kräften vereinigen, mit denen der Zusammenschluß möglich ist und im Kampf ausharren.**

Herr Präsident!

Die Entwicklung der internationalen Lage zeigt, daß sich die Welt gewaltig und tiefgreifend veränder hat. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen Revolution, dieser Strom umfaßt jeden Teil der Erde. Auch dort, wo es jahrzehntelang ruhig war, zieht der Sturm auf. Die gegenwärtige Welt befindet sich tatsächlich in einer Situation, wie sie die Verszeile illustriert: „Nähert sich ein Gewitter vom Berg, pfeift der Wind durch die Burg." Und dieser Wind tobt immer heftiger. In einem derartigen Zeitpunkt hoffen wir, daß diese Tagung der UNO-Vollversammlung zur Förderung der fortschrittlichen Sache der Menschheit etwas Nützliches tun wird. Die chinesische Delegation ist bereit, mit allen zusammen dafür gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident!

Aus aller Welt

USA:

An den Barrikaden des Klassenkampfes reihen sich in den USA immer mehr Arbeiter und andere Werktätige ein. So haben etwa 4 500 Fahrer einer Fluggesellschaft seit drei Monaten bereits einen Ausstand ausgerufen. Sie fordern Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Bei ihren Demonstrationen und Kundgebungen verurteilten sie auch die Regierung des Weißen Hauses wegen ihrer sogenannten „antiinflationistischen Maßnahmen", die darauf abzielen, die breiten werktätigen Massen noch mehr mit den Folgen der Krise zu belasten. Seit 100 Tagen stehen bereits auch die 1 200 Mechaniker der Fluggesellschaft National Airlines im Streik.

GRIECHENLAND:

In mehreren Städten Griechenlands haben erneut Kundgebungen und Aktionen stattgefunden, die den Zorn des griechischen Volkes gegen den US-Imperialismus und seine Militärbasen in Griechenland zum Ausdruck bringen.

In der Athener Universität versammelten sich etwa 2 000 Studenten und zogen in Richtung auf die amerikanische Botschaft. Sie riefen dabei Losungen gegen den US-Imperialismus. Die Demonstranten trugen Transparente im Zug mit, auf denen gefordert wurde, daß die Vereinigten Staaten ihre Militärstützpunkte in Griechenland verlassen sollten. Eine weitere antiamerikanische Demonstration fand in Saloniki statt, an der sich über 2 500 Studenten beteiligten. Die Demonstranten marschierten zum amerikanischen Konsulat der Stadt.

Am 31. Oktober versuchten einige Dutzend Studenten, die amerikanische Fahne der US-Botschaft in Athen herunterzuholen. Sie wurden aber von der Polizei gehindert.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 20.00
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Tausende durch Atomreaktoren gefährdet

Nur im Sozialismus dient technischer Fortschritt dem Volk

In der letzten Zeit wächst in Westdeutschland und seinen Nachbarländern Dänemark, Holland und Frankreich der Widerstand gegen die Verseuchung und Gesundheitsgefährdung durch Atomkraftwerke. Ein Teil der Bevölkerung und besonders die Bauern in den umliegenden Gebieten sind bereit, mit kämpferischen Aktionen ihre Forderungen durchzusetzen. Die Empörung richtet sich in Westdeutschland besonders gegen das Atomkraftwerk in Würgassen und die geplanten bzw. im Bau befindlichen Atomkraftwerke Esensham an der Weser, in Brokdorf bei Stade, in Wyhl am Rhein, in Schweinfurt und bei der BASF in Ludwigshafen.

Was ist an diesen Atomkraftwerken so gefährlich?

Die Atomkraftwerke, die z.Z. in Europa und den USA gebaut werden und die schon in Betrieb sind, sind besonders stark katastrophenanfällig, d.h. bei ihnen können mit einiger Wahrscheinlichkeit Fehler auftreten, die die gesamte Umgebung stark radioaktiv verseuchen und, je nach ihrer Lage, Tausende von Menschen das Leben kosten. Unfälle geringeren Ausmaßes, die jedoch leicht zu solchen Katastrophen hätten führen können, sind bereits in Würgassen und in mehreren Atomkraftwerken der USA vorgekommen. Solche Unfälle sind insbesondere das Versagen des Kühlsystems und das Brechen des Hochdruckbehälters im Innern des Reaktors. Diese Unfälle führen dazu, daß die Temperatur im Reaktor stark ansteigt und danach der Kernspaltungsprozeß nicht mehr kontrolliert werden kann und wie eine Atombombe wirkt. Da sich die Regierung bewußt ist, daß dies ohne weiteres passieren kann, hat sie Katastrophenpläne ausgearbeitet, nach denen die Bevölkerung in einigen zig Kilometern im Umkreis des Kernkraftwerkes durch Bundeswehr und Polizei eingeschlossen und isoliert werden soll (Laut „Spiegel" und „Badische Zeitung"). In einer Debatte vor dem Niedersächsischen Landtag wurde zugegeben, daß im Kraftwerk Würgassen im Februar 73 bereits der dritte Störfall passiert ist, der nur haarscharf am „G.A.U." (Größter angenommener Unfall) vorbeiging.



Bauern und Winzer am Kaiserstuhl protestieren gegen das bei Wyhl geplante Kernkraftwerk

Besonders gefährlich sind auch die dauerhaften Schäden, die dadurch entstehen, daß radioaktive Abgase in die Luft abgeblasen werden und unsere Flüsse (Rhein, Weser, Elbe) aus „kostensparenden Gründen" für die Kühlung der Atomkraftwerke benutzt werden. Hierdurch wird die Umgebung des Reaktors radioaktiv verseucht. Die Abgase und Abwässer enthalten radioaktive Isotope. Dadurch sind die Menschen in der Umgebung dauernd einer verstärkten Strahlung ausgesetzt. Dies ruft bei ihnen Krebs (besonders Schilddrüsenkrebs), Leukämie und Genmutationen (verkrüppelte oder geistesgestörte Kinder) hervor. In den USA wurde eine erhöhte Krebsrate in der Umgebung von Kernkraftwerken festgestellt. Außerdem war z.B. die Kindersterblichkeit im Gebiet des Kernkraftwerkes von Big Rock-Point am Michigan-See um 49% höher als im Durchschnitt von Michigan, die Häufigkeit von Sterbefällen an Leukämie um 400% höher, die Häufigkeit angeborener Mißbildungen um 230% höher („Naturwissenschaftliche Rundschau").

Weiterhin verändert der Ausstoß von Abwärme, besonders wenn die Flüsse als Kühlwasser benutzt werden, einschneidend das Klima und stört das biologische Gleichgewicht. Diese für die Kapitalisten und ihren Staat billige Art der Kühlung führt zu einer Erwärmung der Flüsse um mehrere Grad. Wissenschaftlichen Forschungen zufolge führt dies dazu, daß die gesamte Landwirtschaft in der betroffenen Gegend umgestellt werden muß. In den Niederlanden hat das bereits dazu geführt, daß bestimmte Bakterien (Clostridium boutolinum) sich rasant vermehrten und hierdurch zehntausende von Seevögeln elendig starben. Diese Art der Gefährdung ist bei Rhein, Weser und Elbe besonders groß, weil durch die übrige genauso kriminelle Umweltverschmutzung durch Abwässer der kapitalistischen Industrie diese Flüsse bereits zu Kloaken von Schmutz, Gift und Krankheitserregern gemacht wurden. Das geplante Atomkraftwerk in Wyhl am Rhein wird nach Vorausberechnungen die Zahl der sonnigen Tage pro Jahr in diesem Gebiet stark verringern und damit dort ansässige Weinbauern ruinieren.

Der bei der Kernspaltung entstehende „Atommüll" (hochradioaktive Abfälle) wird zum Teil in ausgedienten Salzbergwerken gelagert. So z.B. in Niedersachsen in den Bergwerken Asse I und Asse II bei Wolfenbüttel. Diese ausgedienten Bergwerke sind „abgesoffen", d.h. sie haben sich mit Grundwasser angefüllt. So ist in dieser Gegend auch das Grundwasser radioaktiv verseucht.

Bei der Planung und dem Bau der Atomkraftwerke wird auf die Verseuchung der Umgebung keine Rücksicht genommen. Beliebige vorhandene Gewässer werden als Kühlwasserleitungen verwendet. So wurde z.B. von den Bauern in der Umgebung von Esensham an der Weser aufgedeckt, daß hierfür ein kleines Gewässer benutzt werden sollte, das bei Ebbe in die Weser, bei Flut aber landeinwärts fließt. Dies hätte bedeutet, daß die radioaktiven Abwässer direkt landeinwärts geflossen wären.

Die wachsenden Auseinandersetzungen um die Atomreaktoren sind kein Zufall. Die Kapitalisten setzen momentan alle Hebel in Bewegung, den Bau von Atomkraftwerken voranzutreiben. Denn Atomenergie ist hochwertige Energie, für deren Produktion zwar höher qualifizierte, dafür aber viel weniger Arbeitskräfte notwendig sind als z.B. für die Förderung von Kohle.

Im selben Maße, in dem sich die Atomreaktoren in unserem Land mehren, wächst aber auch der Widerstand der Bevölkerung gegen sie. Um diesen Widerstand zu unterdrücken, sind die Kapitalisten nicht zimperlich. So berichten Bauern aus der Umgebung von Esensham an der Weser, daß die „Nordwestdeutschen Kraftwerke" Vorstandsmitgliedern der örtlichen Bauernverbände je 20 000 DM als Bestechung gezahlt hätten, damit sie den Kampf gegen die Kraftwerkverseuchung abblocken. Gleichzeitig rühren die Kapitalisten und die Regierung die Propagandatrommel, um ihren Handlangern „Argumente" an die Hand zu geben, mit denen die Bevölkerung vom Kampf abgehalten werden soll.

So wurden vor einiger Zeit in der Fernsehsendung „Pro und Contra" die Zuschauer vor die Frage gestellt: „Ja zum Fortschritt – und damit zu sicherer Energie für die Industrie, zu sicheren Arbeitsplätzen, oder Nein zum Fortschritt – und damit Nein zur neuen Energiequelle, Nein zu sicheren Arbeitsplätzen." Eine solche Fragestellung ist demagogisch. Ging es den Kapitalisten, als sie von der Kohle auf das Erdöl umstiegen, etwa um Fortschritt und sichere Arbeitsplätze? Die Stillegung modernster Anlagen und bald 200 000 entlassene Bergarbeiter sprechen eine andere Sprache. Ebenso sind auf der anderen Seite die Menschen, die gegen die Atomreaktoren protestieren, keine Hinterwäldler, die sich gegen den technischen Fortschritt stemmen, von einer panischen Angst vor dem Atom besessen sind.

Atomreaktoren sind nicht an sich gefährlich. Es gibt Verfahren, Atomenergie herzustellen, ohne Tausende von Menschen zu bedrohen, ohne die Landwirtschaft und damit die Ernährung der Bevölkerung zu gefährden, ohne die Natur zu vergiften. **Gefährlich sind die Atomreaktoren allerdings in der Hand der Kapitalisten.** Genauso gefährlich wie es die Bleiwerke, die Chemie- und Stahlwerke sind. Denn die Kapitalisten produzieren zu dem einzigen Zweck, ihr Kapital so schnell und hochprozentig zu vermehren wie möglich. Der technische Fortschritt interessiert sie dabei nicht für fünf Pfennig. Hunderte von Ideen, die dem technischen Fortschritt dienen, verschimmeln auf den Patentämtern, weil ihre Verwirklichung Produkte, mit denen die Kapitalisten heute ihren Reibach machen, überflüssig machen würde. Genauso wenig interessiert die Kapitalisten die gesunde Entwicklung von Natur und Menschen, solange sie nicht akut ihre Profite gefährdet.

Nicht umsonst lügen uns die Kapitalisten und ihre Zeitungen, Radio- und Fernsehsendungen vor, die sozialistischen Länder Albanien und China seien ohne Industrie, ja sogar industriefeindlich. Sie fürchten nämlich zu Recht, daß diese Länder durch das praktische Beispiel das uralte Kapitalistenmärchen von den Opfern, die dem technischen Fortschritt gebracht werden müssen, widerlegen. **Sie fürchten, daß die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen am Beispiel des Sozialismus in China und Albanien erkennen, daß die Schuld an den Leiden, die sie erdulden müssen, einzig und allein die Kapitalistenklasse trägt, die das werktätige Volk für ihren Profit ausbeutet und unterdrückt.**



Arbeiter in China bei der Überprüfung eines technischen Neuerungsplans

In China und Albanien ist an die Stelle des kapitalistischen Privateigentums das sozialistische Volkseigentum getreten. Die Anarchie der Produktion ist durch die Planwirtschaft ersetzt worden. Der Staat, der ein politisches Machtinstrument der Arbeiterklasse ist, lenkt die Wirtschaft und das gesamte gesellschaftliche Leben im Interesse des werktätigen Volkes. Deshalb bilden technischer Fortschritt und Wohlergehen des Volkes, Gesundheit und soziale und kulturelle Entwicklung in China und Albanien keinen unlösbaren Widerspruch, sondern stehen miteinander in Einklang. Nicht, daß etwa in diesen Ländern der Umweltschutz kein Problem wäre. Aber es wird nicht auf Kosten der Werktätigen und der Natur „gelöst" sondern zu ihrem Nutzen. Die hauptsächliche Methode dabei ist die Mehrfachnutzung nach der Devise: Schlechtes in Gutes, Schädliches in Nützliches verwandeln.

Diese Methode, die Weiterverarbeitung von Industrieabfällen, ist keine Spielerei, sondern im Laufe der Jahre zu einer ernstzunehmenden neuen Quelle von Rohmaterial geworden. So wurden durch Mehrfachnutzung z.B. in Shanghai über 6 500 t von mehr als 20 edlen und seltenen Metallen aus Industrieabfällen hergestellt. Umweltschutz in China und Albanien ist keine Sache, an die man erst denkt, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, wenn verseuchte Flüsse, Wälder und Fluren und kranke Menschen die Öffentlichkeit alarmieren. Die Industrie wird von vorneherein nach dem Prinzip „sich in allem von den Interessen des Volkes leiten lassen", „vorbeugen ist besser als heilen" aufgebaut. Als Beispiel sei hier die Stadt Sining, die Hauptstadt der im Nordwesten von China gelegenen Provinz Tschinghai, genannt.

Vor der Revolution gab es in Sining nur acht kleine Werkstätten. Eine richtige Industrie gab es nicht. Die Stadt hatte weder fließendes Wasser noch Kanalisation. Überall türmten sich Müllhaufen, die natürlichen Gewässer waren verseucht. Seit der Befreiung hat sich die Industrie sehr schnell entwickelt. Die Stadt hat über 300 Fabriken, davon 130 größere, moderne Unternehmen. Nach der Theorie der Kapitalisten müßte damit die „gesunde Landluft" dem mehr oder weniger sichtbaren Industrienebel gewichen sein. Aber diese Theorie der Kapitalisten hält eben der sozialistischen Wirklichkeit nicht stand. Die Stadt ist nicht schmutziger geworden, sondern sauberer. Der alte Unrat wurde beseitigt und gegen die abzusehende Umweltverschmutzung durch die Industrie wurde von vorneherein ein Kampf geführt. Die Fabriken liegen weit von der Stadt entfernt und sind mit Anlagen zur Behandlung der Abgase, Abwässer usw. ausgerüstet. In den Fabriken selber ist eine Massenbewegung zur Mehrzwecknutzung entstanden. Eine Bewegung, die dem Schutz der Bevölkerung vor Umweltschmutz dient und gleichzeitig dem Volk neuen Reichtum schafft. Da sind z.B. die Liming-Chemiewerke, die seit dem Jahr 1970 in dem die Werke in Betrieb genommen wurden, pro Jahr 3 000 t Kunstdünger aus Abwässern gewonnen haben. Ein Wärmekraftwerk produziert aus Aschenstaub, der dem Rauch entzogen wird, wärmeisolierende Schaumziegel.

Diese Beispiele zeigen: Die Arbeiterklasse hat absolut keinen Grund, sich dem technischen Fortschritt in den Weg zu stellen. Jedes Ding hat eben zwei Seiten. Je nachdem, ob es in der Hand der Kapitalisten gegen die Werktätigen oder in der Hand der Arbeiterklasse zum Nutzen der Werktätigen eingesetzt wird. In einem sozialistischen Deutschland, in dem die Arbeiterklasse die Macht in Staat und Wirtschaft hat, wird auch die Atomenergie die Quelle wachsenden Wohlstandes und eines ständig steigenden gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Niveaus sei.

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526



hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld: Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr

Bremen: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund: Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg: Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover: Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0511/44 51 62.

Kiel: „Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck: Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim: Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel 0621/37 67 44.

München: Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2 Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart: Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin: Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/462 60 18, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltung

Arbeiterstammtisch, Thema: „Zu den Wahlen in Hessen und Bayern."
Ort: Clubraum ASV Daxlanden, Kornweg-Pfalzstr.
Datum: 11.11. um 20 Uhr

ENVER HOXHA

Rede des ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens vor seinen Wählern im Wahlkreis 209 von Tirana

3. Oktober 1974

Diese Broschüre umfaßt 64 Seiten. Preis –.80 DM
Bestellungen an:
GESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

Literatur und Zeitschriften aus den Volksrepubliken China und Albanien

Veröffentlichungen des Verlags ROTER MORGEN

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49